

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: August Bastian, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg; Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 8. Fernspr. für Redaktion 1784, für Druckerei 981.

Pränumerando zahlbarer Wohnortpreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 M. 25 Pf., monatlich 60 Pf. Der Anzeigensatz in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 M., 2 Exemplar 2.90 M. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 M. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 M. Vierteljährlich. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Zusatzenummer: die sechsgeheftete Beilage 15 Pf., außerdem 25 Pf., im Restanteil Seite 50 Pf. Vollständige Seite 500

Nr. 195.

Magdeburg, Donnerstag den 23. August 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten einschließlich des Romans „Arbeit“.

Das englische Schulgesetz.

L

Die Geschichte des englischen Schulwesens ist mit der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung untrennbar verknüpft. Das furchtbare Elend, in das der aufkommende Kapitalismus die unteren Schichten der englischen Bevölkerung gebracht hatte — ein Elend, von dem wir uns heute keinen Begriff mehr machen können, soviel wir auch des Jammers um uns sehen — erheischte im Anfang des vorigen Jahrhunderts, wenn nicht die ganze Nation zugrunde gehen sollte, durchgreifende Verbesserungen des wirtschaftlichen, aber auch des geistigen Lebens der Proletarier.

Dieser Zusammenhang der Dinge erkannten, traten die Vorkämpfer des englischen Arbeiterkampfes auch zugleich für eine gute Volksbildung ein, indem sie an die Lehren der Philosophen, Nationalökonomien und radikalen Politiker vom Ende des 18. Jahrhunderts, wie Godwin, Bentham, Adam Smith usw. anknüpften. Wie eng Arbeiterkampf und Volksbildung in England in ihren Anfängen zusammenhängen, mag man daraus erkennen, daß dort nicht wie anderwärts die Schulpflicht zur Beschränkung der Kinderarbeit geführt hat, sondern umgekehrt, die Beschränkung der Kinderarbeit die Fürsorge für die Elementarbildung auslöste.

Wie stark aber auch immer die Bewegung für Volksschulbildung war, so scheiterte doch noch im Jahre 1820 ein von Brougham eingebrachter Gesetzesentwurf, der den Gemeindevorständen die Pflicht gab, Schulen zu errichten. Die Kirche nahm es nämlich als ihr gutes Recht in Anspruch, die Schulen zu halten oder nicht zu halten, um das Volk auf jeden Fall in die Zwangsjacke der Konfessionalität hineinzuwickeln. Gegen die kirchlichen Ansprüche wendeten sich andererseits die in England zahlreichen Nonkonformisten d. h. diejenigen, die der Staatskirche nicht angehörten; im Namen der Gewissensfreiheit veragten sie lieber dem Volke jeden Schulunterricht, als daß sie ihn der Staatskirche überlassen hätten. Erst mit dem Erlaß des Schulpflichtgesetzes — von dem Mary eine neue Epoche der englischen Geschichte datiert — wurde auch ein Fortschritt auf dem Gebiete des Schulwesens erreicht, indem 1832 zum erstenmal im Staatsbudget eine wenn auch noch kleine Summe „für Zwecke des öffentlichen Unterrichts“ ausgeworfen wurde. Mit diesen Staatsgeldern wurden freie, ausschließlich religiöse, Vereinigungen, die sich Bau und Verwaltung von Schulen zur Aufgabe gemacht hatten, unter-

stützt. Auf dieser Grundlage ist das englische Schulwesen jahrzehntelang stehen geblieben. Allmählich bildete sich neben der staatlichen Unterstützung auch ein staatliches Aufsichtrecht heraus, wie denn immer — die Geschichte der Selbstverwaltungsverbände aller Länder lehrt dies — materielle Hilfeleistung bald gewisse Rechtsansprüche nach sich zieht. Aber über das Aufsichtrecht hinaus ging die staatliche Machtbefugnis nicht. Ein königlicher Ausschuss für Volksschulgesetzgebung bemerkte noch in den 80er Jahren rückblickend: „Die Kirche, um welche das ganze System der staatlichen Unterstützung sich drehte, war die freiwillige Unternehmung. Es gab keine öffentliche Gewalt, welche Schulen entstehen lassen oder welche auch nur verlangen konnte, daß die bestehenden Schulen zweckentsprechend geführt oder überhaupt fortgeführt wurden. Naturgemäß war aber gerade dort, wo die Not am größten war, in armen Bezirken die freiwillige Hilfe und Leistungsfähigkeit am geringsten.“

Erst im Jahre 1870 wurde die elementare Volksschulbildung zum Gegenstand gesetzlicher Regelung gemacht. Dies Volksschulgesetz ließ aber der freien Tätigkeit auf dem Gebiete der elementaren Bildung jeden Spielraum. Das ganze Land wurde in Schulbezirke eingeteilt und sodann untersucht, ob die vorhandenen Privatschulen den Bedürfnissen entsprechen oder nicht. Wurde diese Frage bejaht, dann beschränkte sich die Tätigkeit des Staates darauf, diese Schulen zu überwachen und auf Wunsch zu unterstützen; andernfalls war die Gemeinde gehalten, eine Schule zu errichten. Die Gemeinden hatten somit nur die Dürfe auszufüllen, die die private Initiative ihnen ließ.

Der Erfolg des Schulgesetzes von 1870 war zweifellos nicht genügend. Noch immer entzogen viele Eltern ihre Kinder dem Elementarunterricht entweder ganz oder zu früh. Es ist bezeichnend, was Hans v. Hoff in seinem Buche über das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England dazu sagt: „Am besten war immer der Schulbesuch bei Kindern von artem Alter, die zu r e h e i t nicht verwendet werden

können, und am schlechtesten vom 10. und 11. Jahre an, also gerade in der Zeit, wo sie am meisten lernen würden.“ Hier wird die materielle Ursache schlechter Volksschulbildung deutlich gekennzeichnet. Etwas gebessert wurde dies durch das Freischulgesetz von 1891, das für fast alle Elementarschulen die Aufnahme des Schulgeldes brachte.

Die englische „freie“ Schule war und ist noch eine konfessionelle Schule. Das Schulgesetz von 1870 brachte aber schon den Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit zur Geltung, d. h. „es darf für den Schüler einer privaten Schule oder seiner Eltern keinerlei Vorteil oder Nachteil daran geknüpft werden, daß der Schüler den Religionsunterricht oder Gottesdienst irgend eines Bekenntnisses, insbesondere den etwa von der Schule selbst erteilten Religionsunterricht besucht oder nicht besucht.“ In der Praxis haben freilich die englischen Pfaffen verstanden, auch diese schöne Gesetzesbestimmung zu umgehen. Anders in den Bezirkschulen. In ihnen ist der konfessionelle Religionsunterricht schlechthin verboten, nur eine Art von Moralunterricht auf Grund der biblischen Geschichte ist gestattet. Und England steht heute noch!

Bei dem außerordentlich starken Einfluß, den die Religion bis zu unsern Tagen auf alle Kreise des englischen Volkes ausübt — nirgends in der Welt wird so viel gepredigt und so viel geplärmt, wie in England —, darf man sich nicht darüber wundern, daß die konfessionellen „freien“ Schulen an Zahl und Bedeutung die Bezirkschulen andauernd übertrifften. Ungefähr 15 000 konfessionellen Schulen stehen heute nur ungefähr 6000 konfessionslose gegenüber. Dabei sind notorisch die Bezirkschulen viel besser als die meisten privaten konfessionellen Schulen, weil sich auf die Dauer ein geordnetes und blühendes Schulwesen eben nicht mit freiwilligen Mitteln erhalten läßt. Dies haben denn auch die Vertreter der „freien“ Schule schon früh, den Staat zu erhöhten Beitragsleistungen für ihre Schöpfungen zu treiben. Sie hielten lange vergeblich gebot, bis sie in Balfour den willfährigen Staatsmann fanden, der der Verpflanzung zuliebe einen Staatsbeitrag von 12 Millionen Mark jährlich für sie locker machte. Ja, in dem Volksschulgesetz von 1902 wurde sogar bestimmt, daß die Gemeinden in solchen Schulen, die sie von kirchlichen oder anderen Gesellschaften übernahmen, der konfessionellen Unterricht auf ihre Kosten weiter erteilen lassen sollten. Dieser Zwang war so empörend, daß zahlreiche Gemeindebehörden sich geweigert haben, der Gesetzesbestimmung nachzukommen und dafür harte Strafen, zum Teil mehrfach, auf sich genommen haben. Balfour arbeitete konsequent auf das Ziel los, „dem Volke die Religion zu erhalten“, d. h. er wollte, daß das aufstrebende Volk durch die Pfaffen wieder geduckt und gefügig gemacht werden sollte, indem sie ihm möglichst schon auf der Schulbank das Rückgrat brachen.

Aus diesem Grunde standen bei den letzten Wahlen die Freunde der wirklichen Volksschulbildung im Kampfe gegen die konservativen Finstlerlinge zusammen und die liberale Partei versprach, wenn sie den Sieg davontragen sollte, sofort an eine Revision der Schulgesetzgebung heranzutreten. Die Liberalen haben gestimmt, zum nicht geringen Teil dank der Arbeiterpartei, desjenigen Teils der Bevölkerung, der auf den Besuch der Volksschulen angewiesen ist, und zögerten denn auch nicht, die Schulfrage alsbald in Angriff zu nehmen. — sm.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 22. August 1906.

Der Kampf um die Leiche.

Die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der Kaiser sei zurzeit nicht in der Lage, über die Frage der Entlassung Boddieleski eine definitive Entscheidung zu fassen, hat die Hoffnungen der Lippelskirchener aufs neue belebt. Es ist merkwürdig, daß Leute, die sich Patrioten nennen, einen solchen Wunsch überhaupt noch hegen können; denn nach allem, was vorangegangen ist, würde das Verbleiben des Landwirtschaftsministers im Amte einen schweren Schaden für die Monarchie bedeuten, und nichts könnte uns Sozialdemokraten lieber sein, als wenn Herr v. Boddieleski auch in Zukunft berufen bliebe, die Verantwortlichkeit des Reiches und die „altpreussische Tradition“ als Würdigster zu repräsentieren. Auch die uns fernstehenden wüßten dann wenigstens, woran sie sind und worauf sie sich einzurichten haben.

Indes, läßt sich mit solchen Glücksfällen nicht rechnen. So oft auch der Hof- und Personalnachrichter des offiziellen Blattes hin- und herzudackelt, mag, so kann er den Boddieleski, den er totgeschlagen hat, ohne Wunder nicht wieder lebendig machen, und fraglich kann nur bleiben, ob dieser

tragikomische Kampf um eine Ministerleiche nicht noch zu weiteren Katastrophen in der Welt der Höchstbeamten führen wird. Es steht fest, daß die erste Notiz, die den Minister totschrieb, dem Wunsch und Plan des bisherigen Reichskanzlers entsprang; es ist aber wenig wahrscheinlich, daß er mit der zweiten einverstanden war, die Herrn v. Boddieleski wieder bis auf weiteres zum lebenden Inventar der königlichen Staatsregierung buchte. Würgeleiche Blätter ziehen daraus den Schluß, daß auch Fürst Bülow nicht mehr ganz feststeht und betonen jetzt mit großer Eindringlichkeit — was noch vor wenigen Tagen eine sozialdemokratische „Büge“ war —, daß der Reichskanzler den ganzen schmierigen Handel gekannt habe, ohne dagegen eingeschritten zu sein, oder, wie es die Kämpfer um Boddieleski Leiche ausdrücken, daß der Kanzler jetzt wie je von der Engelreinheit ihres Schützlings überzeugt sei, ihn aber der rasenden See der öffentlichen Meinung zum Opfer bringe. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Es ist gewiß dem Reichskanzler nicht entgangen, daß die Beziehungen des Herrn v. Boddieleski zu Lippelskirch u. Co. in der Presse schon vor Jahr und Tag und immer wieder erörtert worden sind. Hätte er sie mißbilligt, so würde er aus dieser Mißbilligung zweifellos die Konsequenzen gezogen haben. . . . Jedenfalls wird aber der Veranlasser der Veröffentlichung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ erlitten haben, daß diese Veröffentlichung taktisch der größte Fehler war, der gemacht werden konnte. Wäre sie unterblieben, so wäre die Position aller Beteiligten weit besser, und es wäre ihnen und dem Volke (1) manches Peinliche erspart geblieben.

Sehr schwer belastet auch die „Tägliche Rundschau“ den Reichskanzler, indem sie ausführt: Als die Nachricht in die Presse gelangt war, daß Stibel und Boddieleski an der Firma Lippelskirch beteiligt seien, habe Stibel geklagt, Boddieleski aber nicht. Es sei also offenbar, daß Bülow schon damals von der Beteiligung Boddieleski an der Firma wußte, ohne daß er dagegen etwas einzuwenden gehabt hätte.

Das „Berliner Tageblatt“ führt sehr guttrefend diese für den Reichskanzler recht peinliche Beweisführung weiter fort. Fürst Bülow habe die Genehmigung, zur Strafverfolgung jener Blätter, die Stibel mit der Firma Lippelskirch in Verbindung gebracht hatten, erteilt. Er betrachte es also als eine Beleidigung für einen hohen Beamten, wenn man ihn „verdächtige“, an einer Firma beteiligt zu sein, die mit dem Fiskus Geschäfte mache. Zugleich mußte Fürst Bülow, daß diese beleidigende Behauptung auf einen andern hohen Beamten, den Landwirtschaftsminister, genau zutrifft. Resultat: der Redakteur wird eingesperrt und der Minister bleibt im Amte.

Das „Berliner Tageblatt“ kommt zu dem Schlusse, Bülow habe jetzt Herrn v. Boddieleski den Stuhl vor die Tür zu setzen, wenn er nicht selbst abdanken solle. Diesem Triebe der Selbsterhaltung folgend hat ja der Reichskanzler zu „handeln“ versucht. Es fragt sich nur, ob der Rettungsversuch gelingt oder ob es nicht nächsten statt einer zwei Leichen geben wird. —

Vorn Scheunentor ungelippt.

Ein Berliner Mittagsblatt, das freikümmigen Anschauungen huldiert, glossiert den Akt Bülow's gegen Pod mit folgenden bissigen Sätzen:

„Also, entweder weiß Bülow selbst nicht, was er will, oder er hat bei der Konferenz mit dem Kaiser eine eklatante Niederlage erlitten. Damit wäre dann die Frage: „Bülow oder Boddieleski?“ am Horizont unfes an politischen Möglichkeiten und Möglichkeiten so reichen Firmamentes um ein Beträchtliches in die Höhe gestiegen. Boddieleski ist ein guter Schachspieler; seine Trümpfe sind schlecht, grundsätzlich, damit wäre er nicht aus dem Schneider gekommen, aber er muß offenbar eine gute Weisheit haben und hat sich dabei auf den Gang des Spiels verlassen. Die Gegner dürfen Fehler machen und dann läßt sich auch ein schlechtes Spiel noch gewinnen.“

Es kann sein, daß Bülow, indem er den Landwirtschaftsminister allzu eilig abtun wollte, den Fehlschritt gemacht hat, der Pod rettet. Unter dem gegenwärtigen Regiment wird es nicht gern gesehen, wenn die „Landlanger“ sich anmaßen, Weltgeschichte zu machen. Das freiwirtschaftliche Wesen des Reichskanzlers, auf eigne Faust den schäblich absolut notwendigen Reinigungsakt im preussischen Ministerium vorzunehmen, ist offenbar durch die zahlreichen Freunde des Herrn v. Boddieleski in ein mögliches helles Licht gerückt worden, und so ist dann der Wagen kurz vorn Scheunentor umgefallen.

Ob Bülow ihn noch einmal aufrichten wird, das kann kein Mensch vorher wissen, jedenfalls wird ihm diese neueste Erfahrung Anlaß zu Erwägungen darüber geben, um wieviel besser in Fällen dieser Art sich doch die Acanus-Methode bewährt hat. Acanus verstand es, Ministern, über die der Stab gebrochen war, überzeugend nachzuweisen, daß

sie krank sein und ihre Kraft dem Vaterlande nicht mehr länger widmen könnten; hielten sie sich beim ersten Besuche des Lucanus für gesund, so besuchte er sie ein zweites und ein drittes Mal. Das hielt der stärkste Mann nicht aus. Aber Robbielski hat gute Nerven und Lucanus wird alt. Vielleicht wollte er den Ruhm seiner Ueberredungskunst an dem robusten Landwirtschaftsminister nicht in Gefahr bringen. So blieb dem Reichskanzler nichts weiter übrig, als die Sache auf seine Art zu betreiben. Vielleicht hat er sich dabei die Finger verbrannt.

Wie das Spiel nun auch erden wird, vor allen Umständen gewährt die neueste Episode einen traurigen Einblick in die Unpönderbarkeit, von denen die Geschäfte unfres Staates heutzutage abhängen. —

Merrrrr!

In Lode betrübt uns folgende „Bitte“, die die antimilitärische „Staatsbürgerzeitung“ und das Städtische „Reich“ zu gleicher Zeit veröffentlichen:

Bei einer Reise, welche ich dieser Tage nach dem Rhein machte, sind mir recht unliebsame Aeußerungen und Bemerkungen über ein Vorkommnis anlässlich der Reise Sr. Majestät zur Wäner Heide zu Ohren gekommen; sie haben mein patriotisches Herz tief betrübt, weshalb ich sie aussprechen muß, vielleicht werden sie an zuständiger Stelle gehört! Es war den Kriegervereinen gestattet worden, Spalier zu bilden; die Leute machten sich frei von der Arbeit, natürlich unter Geldopfern; die Gemeinden bauten eine Mee von Masten mit Lannengrün usw., das kostet doch auch Geld. Was wollten die Leute? Die Grenadiere wollten ihren Kaiser sehen, ein Bild aus seinem Lieben Auge sollte ihnen wohlthun; sie wollten empfinden, daß sein Auge für sie noch da ist, damit sie neuen Mut zum schweren Kampf ums Dasein und zur Betätigung patriotischen Gefühls schöpfen! Die Stunde kam nach langem Harren; endlich Sr. Majestät kommt! — Eine kleine Wolke, — ein Merrrrr — dann einige Wagen mit Gefolge — Majestät war im Automobil vorübergefahren! Seinen Blick hatte kein Krieger gesehen! Wer da weiß, mit welchen Opfern und Mühen es heute verbunden ist, in den patriotischen Vereinen die Liebe zu Kaiser und Reich wach zu erhalten, da die Mitglieder täglich und stündlich der Gefahr ausgesetzt sind, abtünlich gemacht zu werden, der wird erweisen, wie verheerend solch ein Vorkommnis für die Vereine ist; drei solcher Fahrten, und es existiert kein Kriegerverein mehr. Wäre es bei den Dispositionen nicht möglich gewesen, den Aufenthalt auf Villa Hügel um einige Minuten zu kürzen, um in bequemem Tempo die Fahrt zu machen und den Leuten Gelegenheit zu geben, ihren geliebten Kaiser zu sehen?

Mit dem Patriotismus der Kriegervereiner muß es doch recht windig aussehen, wenn eine Benzimwolke ihn hinwegduften kann. —

Die russische Revolution.

Der Kampf in Lodz.

Der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wird aus dem polnischen Maschiner geschrieben:

Am 15. d. M. um 6 Uhr abends ging eine Kampfaktion, bestehend aus 15 Mann, zum Angriff auf das dritte Polizeiamt über. Hier auf der Wache stehende Kosaken wurden durch Revolverkugeln, die auf die Hüfte gerichtet wurden, kampfunfähig gemacht. Ein Infanteriesoldat wurde getötet.

Nun warf man vier Bomben in das Innere des Kosaks und begann den Rückzug, der sich ganz ohne Opfer vollzog.

Die ungeheure Explosion war für die acht Abteilungen zu fünf Mann, die in der Stadt aufgestellt waren, das Signal, die Straßen von den Polizisten zu räumen.

Das dauerte bis 8 Uhr.

Es ist jetzt kamen die Behörden zum Bewußtsein. Es begann eine regere und planlose Schießerei auf den Straßen, bei der auch Maschinengewehre verwendet wurden. Es litten dabei nur unbedeutende, zufällige Straßengänger. Einige Häuser, darunter das evangelische Pfarrhaus, litten sehr darunter.

In der Nikolajewskistraße wurden die Häuser von Militär besetzt und ungefähr 150 Personen arretiert. Die Schießerei dauerte bis 12 Uhr nachts. Heute, den 16. d., sind keine Polizeiposten auf den Straßen.

Die Kampforganisation hatte weder an Gefangenen, noch an Verwundeten, noch an Verhafteten Opfer zu beklagen. Die Behörden griffen wieder einmal das Schwert.

Eine Mitteilung der Polnischen Sozialistischen Partei gibt dem Volke in polnischer und deutscher Flugzetteln Kunde. Der deutsche Flugzettel hat folgenden Wortlaut: Polnische Sozialistische Partei.

Verteilung.

Die Kampforganisation unserer Partei hat gestern der Polizei eine blutige Niederlage zugefügt.

Unter Kampf mit der zarischen Regierung nimmt immer höhere Formen an. Unsere patriotische Tätigkeit besteht in der Desorganisation der Regierungsmaschinerie, die zwei Grundlagen hat: die Polizei und das Militär, die bewußten und gezwungenen Schächer des Volkes. Während wir die Soldaten unter das Banner der Revolution heranziehen, wird die Polizei von uns preis verfolgt werden.

Überall Niederlagen wurden der Polizei auch in anderen Städten Polens von unserer Kampforganisation beibracht.

Wacht mit dem Schwert!

Es lebe die Revolution!

Das Lodzer Arbeiterkomitee der Polnischen Sozialistischen Partei. Lodz, 16. August 1906.

Diese Flugzettel wurden in tausenden Exemplaren verteilt. Das Gefühl der Dynamik gegenüber einem ungreifbaren Gegner drückt sich auf die in der vollen Kampfbereitschaft kriegerischer Maßregeln hilflose Wäner Regierung.

Die Lodzer Explosion.

Die konservative „Schles. Ztg.“ meldet über die Lodzer Vorgänge: Durch die Bombenexplosion wurden, wie nunmehr festgestellt wurde, 18 Personen verwundet. Bei der Schießerei, die darauf entstand, sind gegen 40 Personen teils erschossen, teils verwundet worden. Am schlimmsten tobte die Schießerei auf der Nikolajewskistraße. In das evangelische Pfarrhaus sind allein gegen 50 Kugeln gedrungen. Da das Militär behauptete, aus einem der Häuser sei auf Truppen geschossen worden, wurden einige Häuser durchsucht. Der Erfolg war der übliche: von den Häusern keine Spur, doch fehlten allen denen, deren Wohnungen durchsucht worden waren, Geld und Wertgegenstände. Sämtliche männliche Personen zwischen 14 und 60 Jahren, 480 an Zahl, wurden auf der Nikolajewskistraße verhaftet. Auch bei vielen Reichsdeutschen kaufte die Soldateska in schlimmer Art. Eine Gruppe der Geschädigten wollte sich telegraphisch an das Warschauer deutsche Generalkonsulat um Schutz wenden, doch wurde ihr Telegramm zurückgewiesen. Aus diesem Grunde wird sich eine Abordnung nach Warschau begeben, um Ratshläge einzuholen. —

Hände hoch!

Ueber den Zustand in Warschau Straßen nach dem letzten Kampf wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben:

Als ich gestern gegen 10 Uhr abends meinen Bericht zur Bahn bringen wollte, konnte ich keine Droßknechte zu dieser Fahrt finden. Die Droßknechtensucher, denen ich das Dreier- und Vierfache der Tage anbot, weigerten sich, auf die Warschauerstraße zu fahren, wo der Warschauer-Wiener Bahnhof sich befindet. „Man wird dort geschlagen“, meinten sie. Endlich fand ich einen Mutigen, der sich entschloß, mich zu fahren. Die Befürchtungen der andern Droßknechtensucher erwiesen sich als grundlos; wir wurden nicht „geschlagen“, dafür aber auf der verhältnismäßig kurzen Strecke nicht weniger als fünfmal von den zahlreichen Militärpatrouillen, denen man auf Schritt und Tritt in den menschenleeren Straßen begegnete, angehalten, zur Ausweisleistung gezwungen und durchsucht. Ich kann nicht sagen, daß eine solche Durchsuchung eine angenehme Sache ist. Sie vollzieht sich wie folgt:

Zunächst wird der Kutscher mit einem lauten „Stoi!“ (Halt!) zum Halten aufgefordert und diesem Befehle verleiht entgegengetretene Gendarmen Nachdruck; dann nähern sich dem Wagen mehrere Soldaten, deren Anführer dem oder den Insassen „Auf! werch!“ (Hände hoch!) zuruft. Man kommt natürlich dieser Aufforderung nach und erhält den Befehl „Wygodni!“ (Steige aus!). Man steigt aus und befindet sich einem gegen die Brust gestreckten Bajonett gegenüber. „Wada jedech?“ (Wohin fährst Du?) Die Herren sind nämlich sehr familiär und sprechen jeden mit „Du“ an. Man beantwortet diese Frage. „Revolver jest?“ (Hast Du einen Revolver?) Man verneint. „Dobrykat jewo!“ (Dankschuld ist!) kommandiert der Anführer, worauf ein Soldat herantritt und den „Delinquenten“ zu betasteln beginnt. Während dieser ganzen Zeit müssen die Hände hochgehalten werden, und die Spitze des Bajonetts befindet sich kaum einen Zentimeter weit von der Brust. Die leiseste verdächtige Bewegung, und das Bajonett wird in die Brust gestochen. Wenn man es mit den Soldaten des verrufenen Kolymnier-Regiments, den wildesten und grausamsten der hiesigen Garnison, zu tun hat, kann man übrigens auch ohne die verdächtigen Bewegungen niedergeschossen werden.

Nach Beendigung der Durchsuchung wird man mit einem gnädigen „Pascholl won!“ (Nach, daß Du fortkommst!) oder „Witaj!“ (Gehere Dich davon!) entlassen. Nachdem ich fünfmal diese Prozedur durchgemacht hatte, kam ich endlich glücklich zum Bahnhof und wollte die Postabteilung, wo sich der Postkasten befindet, betreten. Ein bewaffneter Soldat kommt mir entgegen. „Nelsja!“ (Verboten!) Was ist geschehen? Vor etwa drei Stunden war ein Mann im Wartesaal 3. Klasse erschossen worden. Eine sonderbare Logik: weil vor drei Stunden ein Mann im Wartesaal erschossen wurde, darf die Postabteilung nicht betreten werden. Dem Soldaten das Unnütze dessen auseinanderzusetzen, wäre nutzlos und sogar gefährlich. Ich sehe also ratlos da. Zum Glück erscheint ein Postbeamter, der mir den Brief abnimmt und in den Postkasten zu stecken verspricht. Hat er das getan? Ich weiß es nicht. Der gute Mann hat vielleicht von sehr hoher Stelle gelernt, daß Versprechungen nicht eingehalten zu werden brauchen. —

Letzte Nachrichten.

* Petersburg, 22. August. „Strana“ meldet: 142 ehemalige Abgeordnete, die das Wiborger Manifest unterzeichnet haben, werden vor Gericht gezogen und wurden bereits des Wahrechts für verlustig erklärt. Der Staatsanwalt verlangt von ihnen eine Bürgschaft von je 3000 Rubel. Drei Abgeordnete und zwar Medwedew (Stawropol), Kusjow (Nischni-Nowgorod) und Serebrjakow (Petrofawodsk) sind verhaftet worden, da sie der Aufforderung des Gouverneurs von Wiborg, auseinanderzugehen, bewaffneten Widerstand geleistet haben.

* Siedisch, 22. August. Auf den Polizeimeister wurde eine Bombe geworfen. Der Täter ist unbekannt, der Polizeimeister ist gestorben. —

* Samara, 22. August. Der Kommandant des Wostok-Regiments wurde in seiner Wohnung von einem Unbekannten getötet. Der Täter überließ dem Körper mit Spiritus und zündete diesen an. —

* Sebastopol, 21. August. Die Beamteten aus der ersten Gruppe der Wäneren angeklagten Matrosen wurden durch die Eisenbahn abgeführt. 6000 in Ausstand getretene Hafenarbeiter gaben ihnen das Geld. —

* Riga, 22. August. Seit Sonnabend verzeichnen Zeitungen aus Estland und Kurland 25 schwere, bewaffnete Raubüberfälle. Letzte Nacht wurden die Bahnhöfe bei Riga von Revolutionären heimgesucht. In schweren Feuerschlag wurde ein Dampfer erschossen, andre wurden verwundet; die Revolutionäre entzünden in der Dunkelheit. — In Riga wurden gestern an verschiedenen Stellen drei Schußkugeln beschossen; einer wurde getötet. Der Strich der Trampel-Damen dauert an. Das aus angesehene Personal magt nicht zu fahren. In den Fabriken arbeiten 4000 Arbeiter. —

Auß der Parteibewegung.

Der Fall Albert. Der Breslauer sozialdemokratische Verein hatte für Montag eine außerordentliche Generalversammlung angesetzt, um den Fall Albert zu erledigen. Die Versammlung war fast besucht. Zu der gestrichelten oder eröffneten Auseinandersetzung über die Streitigkeiten in der Redaktion, die zur Kündigung Alberts durch die Preskommission geführt hatten, kam es jedoch nicht, da der Vorsitzende, Genosse Schütz, mitteilte, daß Albert mit dem 1. Oktober aus der Redaktion ausscheiden und das mit diesem Tage zu schaffende Parteifretariat für Mittel- und Ostpreußen, das in Breslau seinen Sitz erhalten soll, übernehmen werde. So war am Sonntag in einer Sitzung der Preskommission, der Breslauer Parteileitung und des Parteivorstandes unter Einwirkung Alberts beschlossene worden. Nachdem Albert erklärt hatte, daß er es „selbst so gewünscht“ hätte, beruhigte sich die Versammlung dabei und gab zu dieser Regelung ihre Zustimmung. — Als Delegierte zum Mannheimer Parteitag wurden nach längerer sachlicher und persönlicher Debatte darauf Albert, Schütz und Gehlert gewählt. —

Die Veröffentlichung des Gewerkschaftsprotokolls. Genosse Bebel bemerkt im „Vorwärts“ in einer Polemik mit der „Frei. Ztg.“: Ich stelle fest: 1. daß ich in der Sitzung des Parteivorstandes, in der dieser Beschlusse über das in Frage stehende Protokoll faßte, nicht beigewohnt habe, weil ich zu jener Zeit fern von Berlin war; 2. daß ich mein Votum schriftlich einbrachte, das dahinging, der Parteivorstand möge von einem Beschlusse, das Protokoll zu veröffentlichen, absehen und die Angelegenheit dem Mannheimer Parteitag zur Entscheidung überweisen.“ Genosse Bebel fügt hinzu, nachdem er inzwischen die Gründe des Parteivorstandes kennen gelernt, billige er die Veröffentlichung. Die Genossen im Lande haben von diesen Gründen noch nichts zu hören bekommen; lediglich die Redaktion des „Vorwärts“ hat bisher ihre Ansichten darüber kundgegeben. —

Sozialismus in Australien. Die „Justice“, das Organ der englischen sozialdemokratischen Föderation, veröffentlicht einen Brief des Genossen Tom Mann, der bekanntlich vor einigen Jahren nach Australien ausgewandert ist und dort unermüdet für den Sozialismus wirkt. Der Genosse Tom Mann schreibt, daß er in den letzten 12 Monaten sich dauernd in Melbourne aufhielt und dort agitierte. Aus seinen Mitteilungen sei hervorgehoben: Er und seine Freunde agitierten in Wort und Schrift für den internationalen Sozialismus. Es ist eine Rednerschule begründet worden, in welcher junge Genossen und Genossinnen zu Versammlungsrednern ausgebildet werden. In einem gemieteten Theater werden alle Sonnabende und Sonntage Versammlungen abgehalten; außerdem werden solche in den offenen Parks arrangiert. Die Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder beträgt 1200. An Literatur wurden große Mengen Flugblätter und Broschüren verteilt und ein Blatt der „Socialist“ herausgegeben, das vorläufig 14-tägig erscheint. Die Partei hat Ermittlungen über die soziale Lage der Kinder angestellt und dabei große Mißstände in bezug auf Beschäftigung der Kinder, Unterernährung usw. zutage gefördert. Auch der Arbeitslosen hat sich die Partei angenommen; es sind deren zirka 5000 allein in Melbourne. Für 600 wurde von der Regierung Arbeit geschaffen, und zur Unterstützung gab sie 11 000 Mark her. Die „Justice“ freut sich mit Recht dieses Berichtes und hofft auf eine baldige Vereinigung der sozialistischen Partei von Melbourne, der sozialistischen Liga von Newswales und der sozialdemokratischen Avantgarde von Queensland. Diese geeinte Partei von Australien würde dann eine respektable Macht bilden. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 22. August 1906.

Vom Bierkrieg.

In Frankfurt a. M. faßte eine Versammlung der beiden Wänervereinigungen den Beschluß, den Bieraufschlag der Brauereien anzuzuschlagen. Dem Beschluß wurde die Begründung beigegeben, daß der Aufschlag nicht erfolge, um sich den Brauereien zu unterwerfen, sondern um den Bierkrieg mit Hilfe des Publikums so bald wie möglich zu beendigen.“ Man hofft nämlich, daß das Publikum in der nächsten Zeit kein Bier mehr trinkt. Die Wirte hoffen, daß die Konsumenten einen offiziellen Bierboykott beschließen. Eine zahlreiche besuchte Volksversammlung in Frankfurt sprach sich dahin aus, jede Verteuerung des Bieres zurückzuweisen und die Wirtschaften, die mit einer Verteuerung der Bierpreise vorgingen, der leichteren Kontrolle halber ganz zu meiden. Der Voranschlag, über alle Anträge hinweg den Standpunkt der Mehrzahl der abgehaltenen Volksversammlungen festzuhalten, bis die Wirte endlich präzise Stellung genommen haben, wurde mit großer Mehrheit angenommen. — Der Verband der Brauereien in Wäner macht bekannt, daß die Bierpreise erhöht sind. Ein Bierfest steht jedoch unerklärlicherweise nicht in Aussicht.

In einer großen Volksversammlung in Hannover wurde von dem Referenten konstatiert, daß bis jetzt fast die gesamte Bevölkerung von Hannover und Umgebung mit seltener Einnützigkeit dem unläugbar gefestigten Bohott bei sich nachgegeben sei. Das Publikum sei hauptsächlich auch dadurch aufgebracht, daß die Brauereibesitzer den Wirten die Ausschankpreise vorschreiben wollten. Am Sonntag hat die Boykottkommission mit den Brauereibesitzern Verhandlungen gepflogen, und dabei hätten diese angeboten, den Preisausgleich pro Hektoliter um 50 Pf. zu ermäßigen. Es gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, in der u. a. erklärt wird, die glänzenden Geschäftsergebnisse der Brauereien und die Zugeständnisse der Ringbrauereien in verschiedenen Orten bewiesen, daß die Brauereien die Steuer recht gut tragen könnten und keine Ursache hätten, sie auf Wirte und Publikum abzuwälzen. Die Versammlung wies den Vermittlungsvorschlag der Brauereien zurück und verpflichtete sich, den Boykott so lange durchzuführen und bei der Bevölkerung auf die Durchführung hinzuwirken, bis die Brauereien von ihrem Beschluß auf Bierpreiserhöhung abgehen. —

Auch die Darmstädter Brauereien hatten eine Erhöhung der Bierpreise beschlossen. Es wurden aber alle Lokale mit erhöhtem Bierpreis von fast allen Biertrinkern stillschweigend boykottiert, dagegen die wenigen, die die alten Preise beibehielten, stark frequentiert. Nach kaum 14 Tagen beschloßen die Brauereien, daß die Wirte wieder zum alten Preise verkaufen sollten, den Schaden aber selbst zu tragen hätten. Die Konsumenten haben festgesetzt, ohne eine einzige Versammlung abgehalten zu haben. An den Wirten liegt es nun, dafür zu sorgen, daß sie das Bier zum alten Preise geliefert bekommen. — 800 Gastwirte in Elberfeld, Wäner und Umgebung lehnten die Bierpreiserhöhung ab und beschloßen, eine Genossenschaftsbrauerei zu gründen. — In Nordhausen lehnten die Brauereien die völlige Zurücknahme der Bierpreiserhöhung ab. Eine Wänerversammlung erklärte, da die Gastwirte die Erhöhung nicht tragen können, so sehen sie mit Bedauern der durch die Weigerung der Brauereien veranlaßten Weiterentwicklung der Sache entgegen. Beschlossen wurde, die Resolution dem Gewerkschaftskartell mitzutreten.

11 Ringbrauereien der Herzogtümer Koburg und Meiningen beschloßen, auf den früheren Preis von 15 Mark für den Hektoliter zurückzugehen. Auch aus Erfurt kommt die Meldung, daß die dortigen Brauereien zur Einsicht gekommen sind und von einer Bierpreiserhöhung Abstand nehmen wollen. — Nach sachmännlicher Berechnung haben die Thüringer Brauereien, die die Preis-erhöhung durchführten, in einer Woche zirka 30 000 Hektoliter weniger Abgang gehabt. Allein in Oera wurden in den letzten Wochen zirka 2500 Hektoliter Bier weniger abgesetzt als zu Normalzeiten. In Erfurt ist der Bierkonsum in den ersten zwei Wochen des Bierkriegs um 5000 Hektoliter zurückgegangen. Das ist für die Brauereien anderer Orte sehr lehrreich. —

In Braunschweig versuchen die Wirte, die Biersteuer auf die Konsumenten abzuwälzen. Am Freitag findet eine große Protest-Volksversammlung statt. — In Leipzig protestierten die Wirte gegen die vorgeschlagenen Angriffe der sozialdemokratischen Partei.“ Sie beschloßen, an der Bierpreiserhöhung festzuhalten, die sehr gerechtfertigt und nicht nur wegen der Brauereierträge eingetretten sei. Die Wirte verurteilten auch die Empfehlung des Konsums ausländischen Bieres, da erdens diese Biere gleichen Aufschlag erfahren haben und zum

An die Arbeiter aller Länder!

Ohne Rücksicht auf das gegebene Wort hat der schon zweimal des Meines überführte Zar Nikolaus 2. die Duma aufgelöst, wie einst er die Verfassung Finnlands vergewaltigt hatte. Nachdem er seine Truppen in Petersburg konzentriert und die Volksvertretung auseinandergeprengt hatte, hat er, um Europa auf eine falsche Spur zu leiten, ein Manifest erlassen, darin jedes Wort eine Lüge ist. Er beschuldigt die Duma, ungeheuerliche Taten begangen zu haben, nachdem er ihr, zuwider seinen Versprechen vom 30. Oktober, ungeheuerliche Staatsgrundgesetze aufzuerzwingen hat. Er verklagt die Duma der Ohnmacht, nachdem er sie durch Zwangsmittel dazu gezwungen hat, nur eine Rednertribüne zu sein, die wenigstens dazu gedient hat, die Verbrechen der Bureaucratie zu brandmarken. Er macht ihr Vorwürfe über ihre Untätigkeit, nachdem er sie in die Unmöglichkeit versetzt hatte, auch nur ein einziges parlamentarische Werk durchzuführen zu können.

Der neue Anschlag des Geldes vom 22. Januar hat die sozialistische Partei weder überrascht noch unversehens überfallen. Ihr Geschick mußte die Duma heimsuchen, sobald die Kamorilla der Beamten und der Großfürsten die Ohnmacht der Mehrzahl der Versammlung einzusehen vermochte; und diese befolgte, trotz aller Anstrengungen seitens der sozialdemokratischen und der Arbeitergruppe, eine Taktik, die sie ohnmächtig machen mußte.

Eine geschäftig beschränkte Wahlnorm, der schamloseste Druck der Behörden bei der Abstimmung, das Volksmißtrauen, welches die wenigen Proletarier, die Zutritt hatten, von den Wahlurnen fernhielt, alles dies hatte eine erkünstelte Majorität geschaffen, die keineswegs dem Willen der Mehrheit des Volkes entsprach. Das Verhalten der Abgeordneten des liberalen Bürgertums nach der Auflösung der Duma ist ein Beweis dafür, daß sie unredlich waren, sich gegenüber den Machthabern unschlüssig zu zeigen, indem sie mit den dringlichsten Reformen zauderten. Gaben sie nicht das Vertrauen der Bauern verloren, indem sie ihnen nur ungenügende Agrarreformen versprachen, deren Annahme der Landbevölkerung den Grund und Boden nicht zurückstattet hätte? Wurden sie den Arbeitern nicht verhasst, da sie ihnen die elendesten Palliative statt der gründlichen Reformen darboten? Gaben sie nicht alle die enttäuscht, die in heißer Sehnsucht nach Freiheit streben, da sie keine tatkräftigen Beschlüsse zu fassen mußten, über die Amnestie, die Pogroms, die Todesstrafe? Und trotz ihrer wiederholten Loyalitätsdeklarationen hatte der Zar für sie nur Verachtung. Bei der Eröffnung des Parlaments verlas er ihnen die Verteidigungsrede seiner Staatsgrundgesetze, und während der ganzen Sitzungsperiode hat er ihnen alles verweigert. Endlich, nachdem sie selbstverschuldet ohne Schutz und ohne Macht waren, wurden sie widerstandslos zertrümmert, wie das Herbstlaub vom Winde.

Der Staatsstreik Nikolaus' 2. wird Folgen haben, die die liberale Bourgeoisie zwingen werden, die Phase der Revolution zu wählen. Nun ist es mit den Kompromissen und Ausflüchten zu Ende. Nach dieser Erfahrung werden auch die unbefangenen Optimisten überzeugt sein müssen, daß es nichts nützt, Gegenstrebungen zum Vergleiche bewegen zu wollen. Die Schaffung einer Duma ohne Exekutivmacht konnte die Bureaucratie nicht hindern, das Staatsvermögen zu plündern, die Bauern auszuhebeln, gegen die Freiheit der Arbeiter Mischeien und Anschläge zu organisieren vermittelst der Selbigen der Bourgeoisie Westeuropas.

Über mit der Duma ist die Revolution nicht gescheitert. Im Gegenteil tritt sie nun in eine neue, entscheidende Phase. Vorher Nikolaus 2. der Parlamentskomödie ein Ende machte, hat er den ökonomischen und finanziellen Ruin seines Reiches vollendet. Er hat in den konservativen Bevölkerungsschichten die Idee des konstitutionellen Zarismus im Keime erstickt. Er hat den Bauern die Augen geöffnet, indem er ihnen deren Grund und Boden verweigerte. Er hat einen Teil der Flotte und der Armee dem Volke zugeführt, das nun auftritt, gruppiert um die sozialistische Fahne, nachdem es die Ohnmacht der liberalen Bourgeoisie konstatiert konnte. Wie am ersten Anfang des Zusammenstoßes, so führt auch jetzt in erster Linie das Proletariat den Kampf gegen den Absolutismus. Der Arbeiterbevölkerung der Städte schließen sich nun neben den Bauern, die täglich immer mehr begreifen, daß nur dieses Bündnis ihnen den Grund und Boden geben wird, die Intellektuellen an, die mehr als in irgend einem Lande von unserer Lehre durchdrungen sind. Auch das liberale Bürgertum wird, wenn es nicht zu völliger Ohnmacht verurteilt sein will, in vielen Fällen dem Revolutionsstrome nachgeben müssen.

Von nun an stehen zwei Armeen sich gegenüber, die Armee des Zaren und die Armee des Volkes, und zwischen diesen beiden Truppen ist der Zusammenstoß unvermeidlich. Der Sieg der Revolution wird desto entscheidender sein, desto besser die Revolution ihre Kräfte zu konzentrieren, eine Aktionsfreiheit zu realisieren und über reichliche Geldmittel zu verfügen vermag.

Die Revolution, die mit dem Ausstand begann, wird zu passender Zeit durch die Arbeitseinstellung, durch Verweigerung von Militärdienst und Steuerzahlung, durch Beschlagnahme der Güter der Krone, der Kirche und der Gutsherren, durch den bewaffneten Aufstand fortgesetzt werden, unter Mitwirkung der Matrosen und Soldaten, die die sozialistische Propaganda täglich für die neuen Ideen erobert. Die Revolution wird ohne Ruhe und Paß fortwähren bis an den Tag, wo der Zarismus ohne Truppen, ohne Geld, ohne Kredit,

ohne irgendwelche Macht dastehen wird, und das Volk endlich Herr seines Geschicks werden wird.

Die Vergangenheit der Sozialisten Russlands spricht für die Zukunft. Sie werden die Einberufung einer konstituierenden Versammlung erzwingen und ihrer Pflicht gerecht zu werden wissen. An uns ist es, unsrer Pflicht gerecht zu werden. Wir können der gemeinsamen Sache mit zweifachem Beistand zu Hilfe kommen: indem wir die Autokratie hindern, sich Geld zu verschaffen, indem wir den russischen Sozialisten Geld schicken.

Die radikale Regierung Frankreichs, die reaktionäre Regierung Deutschlands, die Bourgeoisie aller Länder, haben sich zu Mitschuldnern des Zaren gemacht, indem sie ihm zu hohen Zinsen den Sold für seine Gendarmen, für seine Genfer, für seine schwarzen Banden gaben. Laßt uns den Regierungen eindrucksvoll bemerken, daß sie ihrer Dienstgefälligkeit ein Ende zu machen haben! Laßt uns den Besitzenden verkünden, daß die russische Republik von morgen die dem Zaren zu dem Zwecke, den Beistand der Meuchelmörderbanden zu erkaufen, kontrahierten Schandschulden nicht zahlen wird! Laßt uns der Sache der Freiheit alle mögliche Hilfe leisten, um aus einer unverzeihlichen Tyrannei Millionen Menschen zu erlösen! Und wenn gegen jede Erwartung die heilige Allianz der internationalen Reaktion versuchen sollte, in dem Kampfe zu intervenieren, um die revolutionäre Kraftanstrengung zu brechen und die Willkürherrschaft des Zarismus zu retten, so laßt uns auf Maßnahmen bedacht sein, wie am tatkräftigsten den Völkern Russlands zu helfen ist, die durch diese Lage der Dinge noch enger verbunden, nun keinen Unterschied machen werden zwischen dem schon tödlich getroffenen Zarismus und dem ausländischen Eindringling, der sich zuschulden kommen lassen wird, sich gegen die Selbständigkeit einer sich ihrer Rechte bewußt gewordenen Nation zu verschwören.

Laßt uns also geben und laßt uns großzügig geben! Daß die angehäuften Groschen der Armen den Sieg bestimmen! Die Parole sei: Geld für die Opfer des Zarismus!

Jeder Sozialist, jeder Arbeiter sende seinen Opferbeitrag, sei es an die Zentralorganisation seiner Partei, sei es an die bevollmächtigten Delegierten unsrer russischen Genossen oder an das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureau's.

Nieder mit der Autokratie!
Es lebe der internationale Sozialismus!

Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureau's (Belgien):
Edouard Anseele, Emile Vandervelde,
Camille Huysmans, Sekretär.

Magdeburger Bauten.

Von R. Mößinger.

Eine der wirkungsvollsten Arbeiten im Interesse der Arbeiterschaft ist die Vornahme der Kontrolle über die Bauten und Werkplätze. Diese Arbeiten werden von besonderen Bauarbeiterprüfungskommissionen — so auch in Magdeburg — vorgenommen, und es ist eine wesentliche Aufgabe der Gewerkschaftsarbeit, die Arbeiten dieser Kommissionen zu unterstützen. Während des Sommers wurde in ganz Deutschland eine statistische Aufnahme über die Beschaffenheit der Bauten und ihre Kontrolle veranlaßt, deren Resultate für Magdeburg und Umgegend nunmehr vorliegen. Leider ist das zur Bearbeitung gelangte Material als sehr dürftig zu bezeichnen. Es muß für fernere Aufnahmen wesentliche Aufgabe sein, dieselben besser vorzubereiten. Hierfür ist vor allem nötig, die Ausgabe geeigneter Fragebogen; in unserem Falle sind von 78 eingegangenen Bogen nur 17 für die Sommerkontrolle bestimmt gewesen, während alle anderen zur Winterkontrolle bestimmt waren. Aus diesem Grunde konnte die überaus wichtige Frage des Gerüstbause und des Materialtransports nicht in der nötigen Form behandelt werden, da eben die meisten Fragebogen diesbezügliche Fragen überhaupt nicht enthielten. Es muß aber auch in den Versammlungen und Zusammenkünften der Arbeiter, welche bei Bauten beschäftigt sind, viel mehr als bisher auf die Wichtigkeit einer solchen statistischen Aufnahme hingewiesen werden, dann wird es möglich sein, ein weit brauchbareres Material als das uns zur Verfügung stehende zu erhalten. Auch dürfte bei der Auswahl der Personen, welche die Fragebogen zur Beantwortung erhalten, eine bessere Auswahl getroffen werden, denn es ist nicht leicht, einen Bogen mit 74 einzelnen Fragen korrekt zu beantworten. Diese Hinweise werden genügen, um bei Betrachtung des nachfolgend verarbeiteten Materials die Ueberzeugung zu gewinnen, daß weit mehr wie bisher im Interesse eines wirkameren Bauarbeiterprüfung gearbeitet werden muß. Die behördliche Kontrolle ist hier zu ungenügend, hier muß die Arbeiterschaft selbst nachhelfen.

Als Resultat der Aufnahme liegen 78 Fragebogen vor, von denen 58 aus Magdeburg und die übrigen aus der Umgebung Magdeburgs stammen. 4 der kontrollierten Bauten waren Staatsbauten, 5 Bauten der Gemeinden. Insgesamt waren auf diesen Bauten 1467 Arbeiter beschäftigt. 32 Bauten von den kontrollierten 78 waren in den Händen von Innungsmeistern, auf diesen Bauten waren 749 Personen beschäftigt. Bei etwas mehr als der Hälfte der kontrollierten Bauten und der beschäftigten Personen sind also die Innungsmeister interessiert. Doch kann aus dem Resultat der vorliegenden Fragebogen absolut nicht festgestellt werden, daß bei den Innungsmeistern unterstehenden Bauten etwas mehr als üblich für den Arbeiterstand getan wurde. Dazu sind ja auch die Innungen nicht da!

Arbeiterinnen wurden keine gezählt, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß, dank des allgemein guten Geschäftsganges, sich keine Arbeiterinnen zur Verrichtung solch schwerer Arbeit meldeten. Auch hilft hierbei das Wirken der Organisation nach. Die behördlichen Unfallverhütungsvorschriften waren in 2 Baustellen nicht ausgehängt, die behördlichen Schutzbestimmungen waren in 3 Fällen nicht ausgehängt. Daß solch unverantwortlicher Reichsinn noch möglich, beweist die Notwendigkeit besserer Kontrolle.

Wie schon erwähnt, kann die Gerüst- und Materialtransportfrage nicht genügend bearbeitet werden, da nur 17 Bogen vorliegen, die diese Frage behandeln, und hierbei ist noch ein Teil, welcher der Beantwortung dieser Fragen aus dem Wege geht. Von den 17 Fragebogen besaßen nur 7 resp. 8 die Fragen bezüglich brauchbaren Gerüstmaterials und des guten Zustandes stehender Gerüste. In nur 4 Fällen wird die genügende Verfestigung und Verschönerung der Gerüste bejaht. 3 der stehenden Gerüste wurden von Zimmerern hergestellt, 2 von Maurern und 3 von Zimmerern, dagegen 4 von Maurern und Baugewerksarbeitern. Aus dem wenigen Material ist zu ersehen, daß nicht — wie es zur Verfestigung von Anstalten nötig wäre — die Gerüste ausschließlich von fachkundigen Zimmerern hergestellt werden, und daß wohl auch in zahlreichen Fällen die Gerüste nicht allen Anforderungen genügen, trotzdem im allgemeinen in Magdeburg über den Gerüstbau nicht besonders zu klagen ist. Allerdings muß betont werden, daß im Verhältnis — wie aus den gemachten Angaben hervorgeht — immer noch Mängel bestehen, nach unserer Beobachtung wird speziell bei Reparaturen arbeiten auf dem Dache usw. absolut nicht genügend für Anbringung von Schutz- und Fangvorrichtungen gesorgt. Ueber derartige und weitere gefundene Mängel wird später bei Reparaturen arbeiten auf dem Dache usw. absolut nicht genügend für Anbringung von Schutz- und Fangvorrichtungen gesorgt. Ueber derartige und weitere gefundene Mängel wird später bei Reparaturen arbeiten auf dem Dache usw. absolut nicht genügend für Anbringung von Schutz- und Fangvorrichtungen gesorgt. Ueber derartige und weitere gefundene Mängel wird später bei Reparaturen arbeiten auf dem Dache usw. absolut nicht genügend für Anbringung von Schutz- und Fangvorrichtungen gesorgt.

Nun zur Beschaffenheit der Bauten. Bei 4 Bauten sind überhaupt keine vorhanden, 4 befinden sich im Keller, als Fußboden dienen bei zweien davon die Kappengewölbe, als Dach lose übergelegte Bretter. Bei 10 Bauten waren die Seitenwände, bei 3 die Bedachung nicht dicht. 6 Bauten waren sogar ohne Fenster. Nur 18 hatten Holzfußböden, 2 keine verschleißbaren Türen. Schränke für Kleider waren nur in 10 Bauten vorhanden, Spünapfesse scheint ein unerschwinglicher Luxus für die Bauherren zu sein, denn diese fehlen in sämtlichen Bauten. Wie nötig die Aufstellung von Spünapfessen in den ohnehin nur dürftig gereinigten Bauten im Interesse der Erhaltung der Gesundheit wäre, braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden. Nur in 10 Fällen wird von einer genügenden Reinigung der Bauten berichtet. In 28 von sämtlichen Bauten waren die nötigen Verbandmaterialien zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen nicht vorhanden. Wo bleibt hier die zuständige Kontrollbehörde? Der Arbeiter, welcher stündlich den schwersten Gefahren in seinem Berufe ausgesetzt ist, muß im Falle der Verletzung gegebenenfalls schnell und hilflos daliegen, bis der Arzt zur Stelle ist. So was ist unerträglich!

In 28 Bauten fehlt dann natürlich auch der Aushang betr. Anleitung zur ersten Hilfeleistung im Falle der Verletzung. So schämt man das Leben der Arbeiter!

Nun noch zu den Aborten. Bei 8 Aborten kann man von der Straße oder von den Nachbargebäuden hineinsehen, was sehr zur Schand der Sittlichkeit dienen soll! 45, sage und schreibe fünfundsiebzig, hatten keinen dichten Fußboden, 18 keine dichte Bedachung, 19 waren sogar ohne Sichtbrille ausgerüstet, also primitivster Natur, nur 26 hatten Türen vor jedem Sitz, in 36 Fällen ist diese Frage gar nicht vermerkt. 43 Aborte hatten dicke Säulen, Latten oder Kanalisation — 22 nicht! Für geregelte Abfuhr ist nur in 31 Fällen gesorgt. Solche Zustände müssen einfach als „Schwermere“ bezeichnet werden. Das gleiche gilt für die Frage der Reinigung. Darüber wird berichtet: 9 Aborte werden nach Bedarf gereinigt, 1 aller Woche einmal, 5 aller Woche zweimal, 3 aller 14 Tage, 2 aller 4—6 Wochen, 3 wenn dieselben „voll sind“ und 10 überhaupt nicht. Desinfiziert wird in 9 Fällen nach Bedarf, 1 jeden Morgen, 1 Amal, 1 2mal die Woche, 4 aller 14 Tage, nur 6 alle Tage und 2 niemals. Also auch hier liegen bei der geschichteten mangelhaften Einrichtung der Aborte Widerstände vor, die eine schwere Gefahr für die Volksgesundheit bedeuten, und die sich oft bitter rächen können. Pissoiranlagen waren in 32 Fällen ebenfalls nicht vorhanden, während Urmeier nur in 11 Bauten (in den einzelnen Etagen) aufgestellt waren. Von dem Bau eines Maschinenhauses bei der Hauswäldischen Schokoladenfabrik wird berichtet, daß die am Bau tätigen Arbeiter, durchgehends 75 Personen, einen Abort benutzen müssen. Eine Wanne gibt es da wegen Platzmangels auch nicht. Die Maurer usw. haben ihr Lager in der Wärderei aufgeschlagen, wofür sie den Bauern Staub und sonstige „Annehmlichkeiten“ bitter empfinden. Am Abend beim Verlassen der Arbeitsstätte muß sich jeder Arbeiter eine peinliche Untersuchung gefallen lassen, ob er nichts „unrechtes“ mitgenommen hat. Dies sind Zustände, die für das Land paßten!

Dies aus dem geschichteten Material, das bei so kleiner Dürftigkeit doch genug hat, um zu einer schweren Enttäuschung gegenüber der Richtigkeit und Gleichgültigkeit der Bauherren ihren Arbeitern gegenüber zu dienen. Die trockenen Zahlen werden manchem Arbeiter die Augen öffnen über die große Zahl der handener Widerstände im Bauwesen, und werden es ihm ermöglichen, daß nur mit Hilfe einer leistungsfähigen Organisation hier Besserung geschaffen werden kann. Die Magdeburger Bau-gemeinschafts-Verunglücktenvereinigung hat die Bauherren für das Jahr 1904 wohl eine Abnahme von 1,87 Proz. der gemeldeten Unfälle gegenüber dem Jahre 1903, was wohl als erfreulich zu bezeichnen ist. Trotzdem besteht die große Unfällegefahr im Beruf, und es muß hier noch mehr als es bis jetzt geschehen, für bessere Schutzvorrichtungen bei den Bauten gesorgt werden, und eine immer schärfer kontrolliert werden. Dabei darf nicht außer Betracht gelassen werden, daß ein großer Teil der Unfälle nicht entschädigt wird. Von 263 gemeldeten Unfällen sind nur 349 entschädigt worden. Selbst wenn bei einem Teil das Verfahren noch schwebte, so ist doch das Verhältnis der

entschieden zu den gewöhnlichen Anlässen ein äußerst unzulängliches. Es kann leider nur zu oft beobachtet werden, daß die Arbeiter im Daugeverwe geringfügig erscheinenden Anlässen nicht die nötige Beachtung schenken, in der Regel vergessen, sich die nötigen Zeugnisse gleich zu sichern usw. usw. Geringfügige Ursachen führten — wie wir feststellen können — oft nach ein paar Tagen den Tod oder schweres Leiden herbei. Kann dann der erlittene Unfall nicht klipp und klar betrauert werden, dann ist es um die Unfallrente und Waisenrente geschehen! Also Vorsicht!

Was aber bei der Statistik am meisten auffällt, das sind die schreienden Mißstände bei den Bauarbeiten, Wörtern usw. Soll es hier besser werden, dann muß eine viel schärfere behördliche Kontrolle einsehen und die Arbeiterschaft selbst mehr auf dem Posten sein als bisher. Notwendig bleibt immer noch die Ernennung von Baukontrolleuren aus beruflichen Arbeiterkreisen. Um dieses Ziel sowie genügende Schutz- und Kontrollvorschriften für das ganze Gebiet des Reiches erreichen zu können, ist es nötig, daß die Arbeiterschaft immer mehr Einfluß in den Staatsparlamenten und ebenso in den Staatsparlamenten zu gewinnen sucht. Dieses wird nur erreicht durch die Wahl von Sozialdemokraten. Also Arbeiter — Lernt und handelt!

13. deutscher Ortskrankentag.

(Nachdruck verboten.) F. K. Düsseldorf, 21. August. Dritter Tag.

Der erste Verhandlungsgegenstand betrifft die Festsetzung der ortszuständigen Tagelöhne. Ein Antrag des Verbandes der Ortskrankentassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt verlangt direkte Beteiligung der organisierten Kassen bei diesen Festsetzungen. Brandes-Magdeburg begründet den Antrag unter Hinweis auf die sehr niedrigen diesbezüglichen Sätze, die in vielen, besonders ländlichen, Gegenden anzutreffen sind und eine große Schädigung der Betroffenen bedeuten. Die ortszuständigen Tagelöhne haben bei vielen Kassen Einfluß auf das Krankengeld, seien maßgebend für die Unfallrenten jugendlicher Arbeiter usw. In manchen Gegenden gehen die Sätze herab bis auf 1 Mark pro Tag für erwachsene männliche Arbeiter. Redner verliest eine Resolution, welche eine Veränderung des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes in dem Sinne verlangt.

Kleis-Burgun hält den Antrag für gut gemeint, aber für unzulänglich. Mit der bloßen „Beteiligung“ der Kassen könne es nicht abgetan sein, die Festsetzung müsse sich auf das Ergebnis von Lohnstatistiken gründen, die von den Kassen aufzunehmen sind. Sodann lasse er außer Betracht, daß es für viele Bezirke gar keine organisierten Kassen gibt. Hier müsse ein Ausweg geschaffen werden. Redner schlägt eine Resolution vor, nach welcher die Festsetzung der ortszuständigen Tagelöhne auf das Ergebnis von Lohnstatistiken zu begründen ist, die von den organisierten Kassen aufzunehmen sind. Sofern für Orte bzw. Bezirke oder größere Berufsgruppen solche organisierte Kassen nicht vorhanden sind, soll solche Statistiken von den Gewerkschaften aufzunehmen, und zwar unter Zuziehung einer Kommission, die aus zwei Drittel Beschäftigten und einem Drittel Arbeitgeber besteht und die unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen über die Wahl von Generalversammlungs-Vertretern gewählt wird. Nachdem noch eine Anzahl Redner zu der Sache gesprochen, zieht Brandes seinen Antrag zurück und derselbe von Kleis wird einstimmig angenommen.

Hierauf spricht Sydow-Berlin über einen Antrag der Zentral-Kommission der Krankenassen Berlin, der dahingehet: Die Krankenassen erachten eine Veränderung der sich auf den ärztlichen Beruf erhaltenden Bestimmungen der Gewerbeordnung für geboten, da die Krankenassen gesetzlich zur Gewährung ärztlicher Hilfeleistung gezwungen sind und somit den Ärzten gegenüber wehrlos gemacht sind. Der Staat, der den Krankenassen die Gewährung dieser Leistungen direkt auferlegt, muß auch gesetzlich für die Möglichkeit ihrer Erfüllung, dadurch Sorge tragen, daß er die Vergütung der ärztlichen Hilfeleistung gegen die Krankentassen gegenüber den Krankenassenmitgliedern beschließt. Redner weist besonders auf die diesbezüglichen Beschlüsse des Leipziger Krankenassistentenkongresses hin und führt weiter aus, daß mit Verwirklichung davon Kränkel zu nehmen sei, daß inwieweit der Verband städtischer Krankentassen diese Forderung gleichfalls erhoben hat und daß auch der Reichstagsabgeordnete Mugdan die Notwendigkeit anerkennt, die Behandlung der Krankenassen bei Differenzen zwischen Kassen und Ärzten sicherzustellen. Sydow hebt weiter auf dem Standpunkt, daß bei einer Neuordnung der Arbeiterversicherung die Organe der Krankenversicherung von der Gewährung freier ärztlicher Behandlung, freier Arznei entbunden werden. Schließlich verlangt Redner, daß für beide Interessengruppen entweder der Zwang oder die Freiheit gleichmäßig durchgeführt wird.

Hollender-Weipzig bezieht sich auf die Arztverhältnisse bei der Ortskrankentasse Weipzig und teilt mit, daß die Vergütung wieder kürzliche haben, die der Tasse circa 400 000 Mark Mehraufgaben bringen würden. Er hält bei den „Beschäftigten“ der Vergütung gesetzliche Maßnahmen für unerlässlich. Fräßdorf-Dresden begründet die Entscheidung der geschäftsführenden Kasse, die sich ziemlich mit der Sydows deckt. Ganz sei er nur damit nicht einverstanden, daß an Stelle der ärztlichen Behandlung der Mitglieder eventuell eine Selbstbehandlung zu gewähren sei. Nachdem noch einige weitere Redner gesprochen (darunter Braun-Königsberg usw.) und in Aussicht gestellt wurde, den Gegenstand nächstes Jahr wieder, und zwar ausführlich, zur Sprache zu bringen, wird der Antrag Sydow angenommen.

Die Ortskrankentassen Hamburgs wünschen eine Aussprache über die von Stadtrat Franzenberg in Braunschweig ins Leben gerufene Gesellschaft für Arbeiterversicherung. Rande-Hamburg fährt in seinem Vortrage aus, daß die Zwecke der Gesellschaft dahin gehen, alle beruflichen Kräfte (Kasse usw.) zum Zwecke neutraler Beratung zusammenzuführen. Die hauptsächlich beteiligten Personen seien Ärzte. Die Aufgabe sei notwendig, damit nicht hier und da Kräfte der Gesellschaft beitreten und ihre Kräfte verzerren. Das, was die Gesellschaft will, ist zum Teil eigenes Eigentum des Zentralverbandes der Ortskrankentassen. Nachdem noch Fräßdorf-Dresden und Sie-mannowski-Berlin, Wille-Braunschweig hinsichtlich ihrer Abzweigung in mehr oder weniger entscheidenden Worten Ausdruck gegeben haben, wird eine Resolution angenommen, nach welcher keine Veranstaltung vorliegt, der Gesellschaft beizutreten, auch keine Notwendigkeit zu solchen Neugründungen besteht und die Forderungen der Gesellschaft zum Teil von dem Zentralverband längst bestritten werden.

Wittl-München ergriff das Wort zu dem Beispieltitel, der über angebliche Skandale handelt und in den letzten Tagen durch die hiesige Presse ging. Er erklärt die Tatsachen als unrichtig wiedergegeben und führt eine Reihe von Zeugenaussagen an, mit denen bewiesen ist, daß keines der besagten Angelegenheiten sein Amt dazu benutzt habe, sich Vorteile zu verschaffen. Weiter geht es den Darlegungen hervor, daß die Kasse außerordentlich gut und billig von ihren Lieferanten bedient wird.

Nachdem Manheim zum Ort der nächstjährigen Tagung gewählt ist, referiert Graf-Franzenberg über die Verhandlungen der Zentral-Kommission betr. die Angelegenheiten der Kassenbeamten. Danach ist endlich zwischen der paritätischen Kommission und der geschäftsführenden Kasse eine Einigung auf der „ärztlichen“ Seite zustande gekommen. Die geschäftsführende Kasse habe als „tätiger“ Teil nachgegeben. Danach werden die Beschlüsse der geschäftsführenden Kasse mit einigen Änderungen angenommen. Die Beschlüsse (Anhangs-)geheftet betragen in den einzelnen fünf Beamtengruppen 1700, 1500, 1300, 1200 und 1000 Mark.

Fräßdorf-Dresden legt nochmals den jährlichen Standesbericht der geschäftsführenden Kasse dar. Sie habe das Bestreben gehabt, zu zeigen, daß die Kassen nicht „Einzelnen“ für Sozialdemokraten schaffen und daher auf einseitige Beschäftigung gedrungen. Die Kassen sollten nach der Einigung als Ganzes gesehen, die Abrechnungen nurmehr durchzuführen. Das der Zentral-Kommission sei eine auch zu erwarten, daß sie loyal verfähre und Angestellte, wie sie in letzter Zeit vorgekommen sind, unterbreite. Die Einigung der Kommission mit den

Beamtenden werde den Feinden der Sozialdemokratie gelte, daß kein Grund zu der Beschränkung der bisherigen Kassenrechte vorliegt.

Witzl-Suttgart gibt die Erklärung ab, daß er es bedauert, daß eine Einigung zustande gekommen ist. Er wolle sich auch gegen die Schiedsgerichte und das Tarifamt wenden. Die Beamtenfrage müsse endlich von der Tagesordnung des Zentralverbandes verschwinden. Wergmann-Dresden überlegt den Vorredner und hält die Abmachung für ein Werk hoher sozialpolitischer Bedeutung. Es sei anzusehen, daß Ansichten, wie die des Vorredners in Krankentassenverbänden noch vorhanden sind. Siedel-Berlin, Vorsitzender des Verbandes der Kassenangehörigen, gibt die Erklärung ab, daß sich die Beamten der materiellen Abstimmlung enthalten, nicht aus Gründen des Tactes, sondern der Taktik.

Als geschäftsführende Kasse wird die Ortskrankentasse Dresden gewählt. Weiter wird beschlossen, die Formular-Ausstellung zu einer dauernden zu machen und sie bei der Ortskrankentasse Dresden unterzubringen. Zum Sitz des Tarifamtes wird Berlin gewählt und als Mitglieder desselben Brandes-Magdeburg, Wille-Charlottenburg, Flamm-Schöneberg, Schölen-Berlin und Hubertus-Hamburg, außerdem für letztere fünf Stellvertreter gewählt. Hierauf wird das Ergebnis der Abstimmung über die Beamtenverhältnisse bekannt gegeben. Es sind 157 bejahende und 30 verneinende Stimmen abgegeben worden. 76 Delegierte hatten sich der Abstimmung enthalten. Fräßdorf wünscht, daß auch jene Kassen, die sich ablehnend und neutral verhalten haben, die Beschlüsse nicht mehr einführen.

Die verlesene Präzisionsliste ergibt, daß 323 Delegierte vorhanden sind, die 155 einzelne Kassen und 38 Kassenverbände mit 3 940 323 Mitgliedern vertreten. Unter den üblichen Abschließworten erfolgt Schluß der Versammlung.

Gewerkschaftsbewegung.

Schreibetwegen und Streik in In- und Auslande.

Die freitenden Glaser in Berlin lehnten in einer Versammlung die vom Einigungsamt gemachten Vorschläge ab, während dieselben von den Unternehmern angenommen wurden. — In einer von mehr als 1000 Berliner Kollkturfürern und Expeditionsarbeitern in Berlin beschlossenen Versammlung warnten nicht nur die Verbandsvertreter, sondern auch die Streikenden selbst vor einem Generalstreik, weil von 300 ursprünglich in den Auslandsbetrieben nur noch 144 ausständig seien. Der Streik kann somit als beendet gelten. — Auf ähnlichen Kohlenhöfen des Verbandes der Kohlenbergwerkbesitzer in Berlin haben die Arbeiter und Knüttler, etwa 1000 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt. Sie fordern einen Lohnzuschlag von 40 Prozent. — Die Württembergischen in Leipzig verlangten die Einführung 9 1/2 stündiger Normalarbeitszeit, einen Minimallohn von 27 Mark pro Woche sowie Bezahlung der Ueberstunden mit 60 Pfennig. Die Forderung hat diese Forderungen als unüberführbar abgelehnt. Einzelne Fabriken haben eine teilweise Lohnerhöhung eingetreten lassen. — Die Tischler Lubeck, die nach einem dreimonatigen Streik die Arbeit bedingungslos aufnehmen wollten, sind erneut ausständig, weil die Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen verschlechtert hätten. — Vom Eisenwert in Kaiserlautern sind gestern 75 Arbeiter nach ordnungsmäßiger Kündigung in den Auslandsbetrieben eingetreten, aber 200 weitere Leute haben bereits gekündigt. — Wegen nicht bewilligter Lohnaufschübe sind die Getreideträger und Speicherarbeiter Königshergs in den Auslandsbetrieben getreten. — In Aachen legten die mit den Kanalarbeitern in der Stadt beschäftigten Arbeiter — meistens Italiener — am Sonnabend morgen, nachdem die Kömerstraße, die Hauptverbindung innerhalb der Stadt, völlig aufgerissen und gesperrt worden war, plötzlich die Arbeit nieder und forderten je nach Leistung 30—38 Pfennig Lohn hat 28—34 Pfennig. Die Polizei wies die Führer der Streikenden sofort aus und die Unternehmer bewilligten durchschnittlich eine Erhöhung von 2 Pfennig für die „guten“ Arbeiter. Der Streik mittags um 1 Uhr, nachdem die Arbeit im ganzen nur drei Stunden gerührt hatte, nicht wieder anfang zu arbeiten, wurde entlassen, und den Auslandsbetrieben unter ihnen drohte ebenfalls die Ausweisung. Die Arbeit wurde um 1 Uhr in vollem Umfange wieder aufgenommen. — Im Auslandsbetriebe der Streikelwerke A.-G. in Mannheim am welchem 500 Arbeiter beteiligt sind, ist die Lage unverändert. Dem Arbeiterausschuß wurde erwidert, daß über die Wiederaufnahme der Arbeit erst nach Eintreffen des auf Reisen abwesenden Direktors Bescheid gegeben werden könne. — Der Auslandsbetriebe in den Fabriken von Einiger in Kirchberg und Jeller in Oberbrud endete mit dem Siege der Arbeiter, die eine Lohnerhöhung von 5 bis 10 Prozent und in der Fabrik Einiger zugleich eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielten.

In Chang-de-Fonds (Schweiz) sind die Gipser und Maler in den Auslandsbetrieben getreten. — In Bilbao (Spanien) sind 600 Bergarbeiter in den Auslandsbetrieben getreten. Die Truppen der Garnisonen Burgos und Vittoria wurden zusammengezogen, um die Ordnung im Auslandsbetriebe aufrecht zu erhalten. Der Auslandsbetriebe droht sich auf das ganze Grubengebiet auszudehnen.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Diersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Parteienoffen! Die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereines findet am Sonntag den 26. August, vormittags 11 1/2 Uhr, in Diersleben im „Feldschützen“ statt.

Provisorische Tagesordnung:

1. Wahl des Bureaus und der Kandidatensprüchungskommission, Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
2. Bericht des Vorstandes, der Kassendirektoren und der Bezirksvorstände.
3. Bericht über das Parteiorgan und den Agitationskalender.
4. Bericht über den gegründeten Bezirksverband. Referent: Genosse August Albert.
5. Der Partiring in Mannheim und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Albert Variels.
6. Landbesitz. Referent: Genosse Paul Hoffmann.
7. Beratung der Anträge.
8. Berichtendes.

Die Delegierten wollen pünktlich erscheinen. Da die Verhandlungen öffentlich sind, so können die Genossen zugegen sein. Zahlreicher Besuch ist sehr erwünscht.

Der Vorstand. J. A.: August Albert.

Diersleben, 22. August. (Als Reiche gefunden.) Die seit dem 11. August herab vermisste Arbeiterin Luise Hauschild wurde am Sonntag vormittag in der Nähe der Zellmühle als Reiche aus der Wipper gezogen. Ueber das Motiv zum Selbstmord ist nichts Näheres bekannt.

Halberstadt, 22. August. (Aus dem Stadtparlament.) Die eingegangenen Petitionen der Eisenwerk von Unter der Lanne und der hiesigen Kohlenhändler wurden auf Beschluß des Vorsitzenden Justizrat Franzenberg an die neue Petitionskommission verwiesen. Für die Klärung der Kohlenhändlerfrage wurden 3200 Mark bewilligt, welche aus dem Straßensanierungsfonds gemacht werden sollen. Auf der Seite der Magdeburger wurde nicht die Bewegung eines Hauptstreikes notwendig. Die Kosten in Höhe von 9500 Mark werden bewilligt. Dem Baufonds des Elektrizitätswerks wurden 66357 Mark überwiesen. Damit hat das Elektrizitätswerk die Höhe von 2 000 000 Mark erreicht, welche Ueberweisungen sind nicht nötig. Der hiesige Distrikt des blauen Kreuzes erhielt um Bewilligung von 500 Mark zu den Bauarbeiten eines Saales im Krankenhaus. Stadt. Dr. Crohn ist gegen Bewilligung dieser Summe aus dem schon bekannten Gründen. Es kann nicht Sache der Stadt sein, für diesen Verein Gelder zu bewilligen. Dies kann nur für allgemeine Zwecke geschehen. Mit demselben Recht könnte alle anderen

Bereine, die gleiche Bestrebungen haben, Mittel von der Stadt verlangen. Die Stadt solle dafür sorgen, daß endlich ein Haus gebaut werde, worin vollständige Vorlesungen und Vorträge zur Bildung des Volkes gehalten werden können. Es sei bedauerlich, daß der Magistrat bis heute noch nicht an die Errichtung einer Volkshochschule gedacht habe. Es mangelt hier sehr an einem solchen Lokal. Deshalb muß endlich in dieser Beziehung etwas geschehen. Erster Bürgermeister Dr. Gerhardt führt aus, daß der Verein der Stadt schon häufig gute Dienste geleistet habe, man könne deshalb diese geringfügige Summe nicht verweigern. An den Bau eines Hauses mit Versammlungsräumen könne die Stadt noch nicht denken, weil die nötigen Mittel fehlen. Die Stadtverwaltung werde anderen Vereinen, die ähnliche Zwecke verfolgen, wie der des blauen Kreuzes, stets wohlwollend gegenüberstehen. Stadt. Krüger und Schinke sprechen für Bewilligung. Schinke fährt dabei aus, er habe früher Gesellen wegen Trunksucht entlassen müssen. Im blauen Kreuzverein habe man sie von der Trunksucht befreit und zu ordentlichen Menschen gemacht. Dr. Crohn sagt: Wenn die 500 Mark bewilligt werden, dann soll die Stadt aber wenigstens die Bewilligung daran knüpfen, daß auch an dem Verein in der Saal überlassen wird. Dieser Vorschlag wurde nicht angenommen, dagegen die Summe von 500 Mark gegen die Stimmen der Stadt. Dr. Crohn und Fensch (Brauerei-Direktor) bemittelt. Stadt. Kotze berichtet über die Kanalisation der Magdeburgerstraße und über den Vertrag, der zu diesen Zwecken mit der Gemeinde Wehstedt abgeschlossen werden mußte. Hierauf knüpfte sich eine lange Diskussion, die mit der Annahme der Vorträge und der Bewilligung von 99 440 Mark endet. Stadt. Kotze unterbreitet der Versammlung eine Vorlage, welche eine Aufbesserung der Feldstraße bezweckt. Die Straße, welche sich in einem sehr schlechten Zustande befindet, soll einseitig durch Kohlenstraße und Kies verbessert werden. Die Kosten betragen 1300 Mark. Referent stellt hierzu den Antrag, auch gleichzeitig den Bürgersteig herzustellen und mit Mosaikepflaster zu versehen. Stadtbaurat Köhler spricht gegen den Antrag. Man habe schon versucht, mit den dortigen Hauseigentümern zu verhandeln, damit diese die Kosten tragen. Hierfür sei aber niemand zu haben gewesen. Die Hauseigentümer seien vielmehr mit dem Zustand des Bürgersteiges zufrieden. Stadt. Dr. Crohn hält es für unbedingt erforderlich, daß die Straße endlich verbessert wird, man könne dort Hals und Beine drehen. Es sei der Stadt unmöglich, solche Zustände bestehen zu lassen. Dem Antrage von Kotze schließt er sich an. Den Hauseigentümern könne man es nicht verdenken, wenn sie sich weigern, Gelder dafür zu zahlen, sie hätten doch ihre Anliegerbeiträge bezahlt. Deshalb können sie verlangen, daß die Stadt die Straße herstellt. Stadtbaurat Köhler schließt sich nunmehr den Ausführungen an, wünscht aber die Sache nochmals an die Baudeputation zu verweisen. Die Versammlung stimmt diesem aus-schließlich beschließen. Es sollen denselben 5 Stadtratsmitglieder angehören, welche von 3 zu 3 Jahren neu gewählt werden müssen. Die Wahl der Personen wurde noch nicht vorgenommen, weil sich die Wahlvorschlagskommission erst damit beschäftigen muß. Stadt. Schinke war gegen eine solche Kommission. Er fand aber mit seinen Ausführungen wenig Anklang; der Vorsitzende führte ihn geduldig ab. Hierauf fand noch eine geheime Sitzung statt, in der u. a. über eine Ehrung des Geheimrats Dr. Fische zu seinem 80. Geburtstage beraten werden sollte.

Stadtfurt, 22. August. (Geschichtsunterricht.) In seiner Rede bei Gelegenheit des anhaltischen Bergfestes hat Herr Oberbürgermeister Gante geschichtliche Tatsachen eingeflochten. Er erwähnte, daß bei den alten Deutschen der „Gero“ als derjenige, der vor dem Heere einherzog, gewählt wurde und daß nur jemand mit den besonderen Eigenschaften gewählt wurde. Dieser Hinweis auf die demokratischen Gewohnheiten unserer Vorfahren ist recht dankenswert, um so mehr, als die Mehrzahl derjenigen, an die er gerichtet war, in dem Glauben aufgezogen ist, daß Gero und andre Fürsten von Gott besonders eingesetzt sind und daher „von Gottes Gnaden“ heißen. Herr Gante hätte hinzufügen sollen, welche Mittel die Fürsten und Gero angewendet haben, um diese Würde in ihren Familien erblich zu machen. Wir würden uns sehr freuen, wenn er das gelegentlich nachholte.

(Zum Amtsantritt) ist Herr Stadtkämmerer Berger ernannt worden, nachdem, wie bekannt, Herr Reinhard sich als Bürgermeister unter der Bedingung hat wiederwählen lassen, daß er das Amt des Amtsanwalts niederlegt und daß zum Ausgleich des dadurch entstehenden Gehaltsausfalls sein Bürgermeistergesalt um 1000 Mark erhöht wird.

(Die Eisenbahn) verlangt mitunter viel von dem reisenden Publikum. Mit souveräner Erhabenheit setzt sie sich über berechnete Ansprüche des Publikums hinweg. Besonders die Reisenden der vierten Klasse haben unter dem Monopol der Eisenbahn zu leiden. Am Sonntag konnten wir wieder einen drastischen Fall beobachten. Während am Fahrkartensalter der ersten bis dritten Klasse nur ganz wenig zu tun war, stauten sich die Reisenden am Schalter der vierten Klasse. Grund: der betreffende Beamte war beim Verkauf der Fahrkarten langsam und ungeübt. Die Folge davon war, daß die Eisenbahn ihre eigenen Vorschriften nicht innehalten konnte und ungefähr 20 Reisende ohne Fahrkarte einsteigen lassen mußte. Wieviel von diesen nachher noch Bezeichnungen davon gehabt haben, wissen wir nicht, sie sind aber sehr wahrscheinlich. Dieser Beamte tut öfters des Sonntags am Schalter der vierten Klasse Dienst. Für die Stadtfurter Reisenden der vierten Klasse dürfte es daher zweckmäßig sein, sich Sonntags eine halbe Stunde vor Abgang des Zuges einzufinden. Kommen sie nur 5 Minuten früher, so können sie mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, ohne Fahrkarte abdamphen zu müssen.

(Entschädigungspflicht des Fiskus.) Wie diese von der hiesigen Verginsspektion aufgesetzt wird, haben wir schon mehrmals dargelegt. Bezeichnend dafür ist das nachstehende Interzest, das wir im „Stadtfurter Tageblatt“ finden:

Höfliche Aufforderung.

Im Interesse meiner Haus-Entschädigungssache gegen die hies. Bergverwaltung, wonach mir nun nach halbjährigem Festsitzen (trotz des damals erstarrten „Wohltuens“ gegen die Geschädigten) ein Gehalt von 200 Mark über den „Brandstassenwert“ (ohne Grund und Boden) gemacht ist, war ich gezwungen, meine Sache beim Gericht anhängig zu machen. — In dieser Angelegenheit bitte ich Interessenten, die anfangs der 80er Jahre in der hies. Verginsspektion betr. Bodenentzungen einen Erläuterungs- und Verhandlungs-Vortrag (laut Anhangsliste) beizubringen und nach dem „Sinn und Kern“ dieses Vortrags beizutragen können sowie für eine gerechte Sache eintreten wollen, ihre Adresse bei mir abzugeben, um für den Verlauf des Verfahrens Verwendung zu finden.

Gochsachingsdoll Friedrich Behmann.

Den Sinn und Kern jenes Vortrags haben die vertragsschließenden Hauseigentümer jedenfalls ganz anders aufgefaßt, als niedergeschrieben ist. Aber die Verginsspektion richtet sich nach dem schriftlichen Wortlaut und wehrt damit alle Ansprüche von Recht und Billigkeit ab. Ein richtig angefangener und durchgeführt Prozeß dürfte sie allerdings etwas gefügiger machen.

(Titellegen.) Anlässlich seines Geburtstages hat der Herzog von Anhalt einen reichen Titel- und Ordensbesitzer ausgesprochen, der auch nach Leopoldshall geflohen ist, viel Freude betreibt und wenig kostet. Von der Belegschaft des Salzbergwerks sind 22 Mann mit dem Ehrenzeichen bedacht worden, den Herren Amts- und Gemeindevorsteher Kleist in Leopoldshall und Retze in Heddingen ist der Titel „Bürgermeister“, Herrn Maurermeister Wisenack in Leopoldshall der Titel „Hofmaurermeister“ verliehen usw. —

Die Stadt des Mammons.

Meine Eindrücke von Amerika.
Von Maxim Gorki.
IV (Schluß).

Die Kinder in den Straßen New-Yorks rufen einen äußerst trübenden Eindruck hervor. Ballspielend inmitten des Krachens und Donnerns von Eisen, inmitten des Wirrwarrs der Lärmenden Stadt, erscheinen sie gleich Blumen, von roher, graufamer Hand in den Staub und Schmutz der Straße geschleudert. Den ganzen Tag hindurch atmen sie die Dünste der ungeheuren Stadt ein, der Metropole des „gelben Teufels“. Ein Jammer um ihre kleinen Lungen, ein Jammer um ihre mit Staub verklebten Augen.

Die Sorgfalt, die bei der Erziehung der Kinder beobachtet wird, ist der beste Prüfstein für den Grad der Kultur eines Landes. Die Lebensbedingungen, mit denen Kinder umgeben sind, bezeichnen ziemlich genau das Maß der geistigen Entwicklung einer Nation. Nur dann, wenn die Regierung und die Gesellschaft jedes mögliche Mittel anwenden, um aus ihren Kindern kräftige, ehrliche, gute und verständige Männer und Frauen zu machen, nur dann verdienen eine Regierung und eine Gesellschaft ihren Namen.

Ich habe Armut in Menge gesehen und kenne genau ihr blaßes, blutloses, verhärmtes Angezicht. Aber die Schreden der Armut auf der Ostseite sind ärger als alles, was ich kennen gelernt habe. Kinder suchen sich aus den Müllkästen an den Rändern der Bürgersteige verschimmelte Brotreste heraus und verschlingen sie, zusammen mit dem Schimmel und dem Schmutz, dort auf der Straße, in dem heizenden Staub und der erstickenden Luft. Wie kleine Hunde kämpfen sie darum. Um Witternacht und selbst später wälzen sie sich noch im Staub und Schmutz der Straße, diese lebenden Anklagen gegen den Reichtum, diese düster-schmerzlichen Blüten der Armut. Welche Art von Flüssigkeit fließt durch ihre Adern? Was dürfte wohl das chemische Gefüge ihres Hirns sein? Ihre Lungen sind wie Lumpen, die von Schmutz starren; ihre kleinen Magen gleichen den Müllkästen, aus denen sie sich ihre Nahrung verschaffen. Was für eine Sorte von Menschen kann aus diesen Kindern des Hungers und der Not sich entwickeln? Was für eine Sorte von Bürgern?

Amerika, du Land, das mit seinen Millionären die Welt in Erstaunen versetzt, schau erst nach den Kindern auf der Ostseite und denke über die Drohung nach, die sie für dich bilden! Die Prahlerei mit dem Reichtum ist, solange es eine Ostseite gibt, eine törichte Prahlerei.

Trotzdem, „alles Schöne hat seine gute Seite“, wie man in Rußland sagt, dem Lande der Optimisten.

Dieses Leben des Häufens von Gold, dieser Götzendienst des Geldes, diese entsetzliche Anbetung des „Goldenen Teufels“ begannen bereits den Protest des Landes herauszufordern. Dieses hassenswerte Leben, das in ein Netz von Eisen verstrickt ist und mit seiner traurigen Leere die Seele unterdrückt, erregt den Widerwillen der gesunden Leute, und diese beginnen bereits nach

Mitteln und Wegen zu suchen, um sich von dem geistigen Lode zu erretten.

Und so sehen wir, wie sich Millionäre und Geistliche selbst als Sozialisten bezeichnen und Zeitungen und Zeitschriften zur Verbreitung des Sozialismus herausgeben. Die Schaffung von „Settlements“ (Stätten sozialen Wirkens) durch geistig hervorragende Reiche, ihr Aufgeben des Wohllebens in ihrem elterlichen Heim für die Wildnis der Ostseite — alles dies spricht für ein Erwachen des Geistes; es verkündigt den langsamen Aufstieg des menschlichen Lebens in Amerika. Ganz allmählich fangen die Leute an zu verstehen an, daß die Sklaverei des Goldes und die Sklaverei der Armut beide in gleicher Weise verderblich sind.

Das wichtigste von allem ist, daß die Leute begonnen haben, nachzudenken. Ein Land, in dem ein so hervorragendes Werk wie die „Philosophie der Religion“ von James, geschrieben wurde, kann denken. Es ist das Land von Henry George, Bellamy, von Jack London, der sein großes Talent in den Dienst des Sozialismus stellt. Er ist ein gutes Beispiel für das Erwachen des Geistes des „menschlichen Lebens“ in diesem jungen und starken Lande, das am Goldfieber leidet. Aber der unwiderleglichste Beweis des geistigen Erwachens in Amerika scheint mir Walt Whitman zu sein. Zugegeben, daß seine Verse nicht immer wirkliche Verse sind; aber das Gefühl der heroischen Liebe zum Leben, das aus ihnen spricht, die hohe Einschätzung des Menschen, die Kraft der Gedanken, all dies ist schön und schön. Whitman ist ein wahrer Demokrat, ein edler Philosoph; in seinen Werken hat er vielleicht den Grundstein gelegt für eine wirklich demokratische Philosophie, die Lehre von der Freiheit, Schönheit und Wahrheit und der Harmonie ihrer Vereinigung im Menschen. Ein wachsendes Interesse an allen Gegenständen des Verstandes und des Geistes, an Wissenschaft und Kunst, das ist es, was ich den Amerikanern aus vollem Herzen wünsche. Und außerdem wünsche ich ihnen noch eines: daß sie bald zur Verachtung des Geldes gelangen.

Nach allem, was ich gesagt habe, treibt es mich unwillkürlich, einen Vergleich zwischen Europa und Amerika zu ziehen. Auf jener Seite des Ozeans gibt es viel Schönheit, viel geistige Freiheit und eine kühne, hinreißende Betätigung des Verstandes. Die Kunst erglänzt dort immer wie der nächtliche Himmel mit dem lebendigen Gefunzel der unvergänglichen Sterne. Auf dieser Seite gibt es keine Schönheit. Die rohe Kraft der politischen und gesellschaftlichen Jugend ist in die rostigen Ketten der alten Puritanermentalität geschlagen, gefesselt an die zerfallenden Bruchstücke toter Vorurteile.

Europa gibt Beweise von moralischer Alterschwäche und als deren Folge von Skeptizismus. Es hat viel gelitten, seine geistigen Leiden haben eine vornehme Gleichgültigkeit hervorgerufen; es sehnt sich nach Frieden und Ruhe. Die geistige Bewegung des Proletariats, die die Möglichkeit einer neuen Schönheit und einer neuen Freude in sich trägt, hat in den gebildeten Klassen Europas nur Furcht für ihren Frieden und für ihre alten, bequemen Gewohnheiten erweckt.

Amerika hat noch nicht unter den Qualen des unbefriedigten Geistes gelitten; es hat noch nicht die Wesen der Seele gefühlt. Die Unzufriedenheit ist hier erst im Entstehen begriffen. Und

mir scheint, wenn Amerika seine Kraft auf die Suche nach der geistigen Freiheit verwenden wird, dann wird die Welt das Schauspiel eines Niesenbrandes erleben, eines Brandes, der dieses Land von dem Schmutz des Goldes und dem Staub der Vorurteile reinigen wird, und es wird wie ein prächtig geschliffener Edelstein glänzen und in seinem Herzen all die Gedanken der Welt, all die Schönheit des Lebens widerspiegeln.

Amerika ist stark, Amerika ist gesund. Und obwohl selbst ein kranker Dostojewski für die Welt mehr bedeutet als reiche, gesunde Kräfte, so wollen wir dennoch darauf bauen, daß die Kinder der Kräfte echte Demokraten werden, mit andern Worten: Aristokraten des Geistes. Denn es ist weitläufiger zu leben, wenn die Menschheit aufwärts steigt, als wenn sie fällt. Oder etwa nicht? —

Bernischte Nachrichten.

* Ueber einen raffinierten Zigeunerschwindel teilt der Münchner Polizeibericht folgendes mit: In ein einjam am Walde gelegenes Güteranwesen bei Trevesen im Nistalgebirge (B.-M. Remmuth) kam Ende Juli eine Zigeunerin. Sie hatte offenbar erfahren, daß die Vorbesitzer des Anwesens vor drei Jahren gestorben waren und daß der Güter durch den Verkauf einer Kuh zurzeit einen Hundertmarktschein besaß. Sie machte nun noch unter qualvollen Leiden als „arme Seele“ im Hause und brachte, wenn sie nicht „erlöst“ werde, großes Unglück über das Anwesen und die Familie. Die Güterleute mußten nun mit dem im Hause vorräthigen Weiswasser einen Topf füllen, die Hände an den Rand des Topfes legen und Gebete nachsprechen. Unterdessen prattelte die Zigeunerin unbemerkt ein kleines weiches Wachstuch in Form einer menschlichen Hand in das Weiswasser, die sie den erschreckten Leuten dann als die „Totenhand“ herausholte. Um „die arme Seele zu vertragen“, widelte sie die Wachstuch in Papier ein und verlangte „zum Vertragen“ einen Sack mit Bettfedern und ein Pechmarktschild. Die Wachstuch und das Goldstück wurden in den Sack mit Bettfedern gesteckt, und damit ging die Zigeunerin fort. Sie kam aber wieder, denn sie hatte erkannt, daß in dem Hause noch mehr zu holen sei. Diesmal ließ sie sich ein im Anwesen gelegenes Hühnerstall und zum Einwickeln des Geldes ein feines Tuch geben. Das eingewickelte Ei mußte auf dem Stubenboden mit dem Fuß aufgedrückt werden. Die Zigeunerin hob dann das Ganze auf und anscheinend aus den Eierhäuten einen (von ihr vorher schon mit eingewickelten) kleinen schwarzen Totenkopf hervor. Dies bedeutete, wie sie sagte, weiteres schlimmes Unglück, nämlich den Tod der Güterleute und ihrer Angehörigen. Zur Abwendung des Unglücks bedurfte sie zweier weiterer Goldstücke, eines Sackes mit Bettfedern, der goldenen Eheringe der Güterleute und des wertvollen Brautrosenkränzes der Frau. Während des Hühnerstalles, den die Zigeunerin in der Wohntube inszenierte, schlichen sich andre, zu ihrer Bande gehörige Zigeuner in den Bodenraum, wo der Güter u. a. auch sein Geld verwahrt hatte, und holten den Hundertmarktschein, Kleider, Wäsche, einen großen Ballen gebleichter Hausleinswand und eine große Quantität neuer Bettfedern, die teils in Rissen überzogene, teils in Salzlake verpackt waren. Erst als die Zigeunerin vom „Vertragen der armen Seelen und des drohenden Unglücks“ nicht mehr zurückkam, gingen den leichtgläubigen Leuten die Augen auf.

* Auch eine Berichtigung. Ein französisches Blatt bringt folgende „Berichtigung“: „Wir müssen noch eine kleine Un-

Feuilleton.

Drei Menschenleben.

Von Maxim Gorki. Uebersetzt von H. Adler.
(56. Fortsetzung.)

Der Untersuchungsrichter war ein junger Mann mit krausem Haar und einer krummen Nase, auf der eine goldene Brille saß. Als er Nja erblickte, rief er sich erst die mageren, weißen Hände, nahm dann die Brille von der Nase und begann sie mit seinem Taschentuch zu putzen. Dabei sah er mit seinem großen, dunklen Augen forschend in Njas Gesicht.

Nja verbargte sich schweigend.

„Guten Tag! Sehen Sie sich! Hierher!“

Er wies ihm mit einer Handbewegung einen Stuhl bei einem großen Schreibtisch, der mit einem roten Tuch überkleidet war. Nja nahm Platz und schob mit dem Ellbogen vorsichtig die Papiere weg, die am Rande des Schreibtisches lagen. Der Untersuchungsrichter bemerkte es und räunte höflich die Papiere fort, blätterte schweigend in einem Buche und blickte über die Brille hinweg auf Nja. Dieses Schweigen störte Nja. Er zog den Blick vom Untersuchungsrichter ab und besah sich das Zimmer. Zum ersten Male in seinem Leben sah er eine so vornehme, reinliche Einrichtung. Überall an den Wänden hingen in Rahmen Porträts und Bilder. Auf einem der Bilder sah man Christus. Nachdenklich, mit gesenktem Haupte, ging er traurig und einsam unter Ruinen. Zu seinen Füßen lagen überall zerstreut Menschenleichen und Waffen. Im Hintergrund des Bildes hallte sich schwarzer Rauch. Es brannte. Nja blickte lange auf das Bild. Er mühte sich, zu verstehen, was es bedeutete. Ja, es roandelt: Nja sogar die Luft an, danach zu fragen. Aber in diesem Augenblick klappte der Untersuchungsrichter geräuschvoll das Buch zu. Nja suchte zusammen und sah auf ihn hin.

Das Gesicht des Richters nahm einen trockenen, gelangweilten Zug an. Er spitzte die Lippen, als fühlte er sich beleidigt.

„Nja“, begann er, mit den Fingern auf den Tisch trommelnd, „Nja Zakowlewitsch Lunow! Stimmt?“

„Ja!“

„Haben Sie eine Vermutung, weshalb ich Sie vorge-

„Nein!“ antwortete Lunow und warf wieder einen Blick auf das Bild. Im Zimmer war es ruhig, rein und schön. Lunow konnte sich nicht entsinnen, jemals eine solche Reinlichkeit und so viel schöne Dinge gesehen zu haben. Vom Untersuchungsrichter her wehte feiner Wohlgeruch. Dies alles zerstreute Lunow, beruhigte ihn und rief neidische Gedanken in ihm wach. Er sprach zu sich: Ha, wie diese Leute leben! Scheint ein vorteilhafter Beruf zu sein, Diebe und Mörder zu fangen. Wieviel Gehalt wohl so einer bekommt?

„Nein?“ wiederholte der Richter, als käme er in Erstaunen. „Sag Ihnen denn Olympiada Petrowna nichts mitgeteilt?“

„Nein. Ja, habe sie schon lange nicht gesehen.“ Der Untersuchungsrichter lehnte sich im Sessel zurück und spitzte wieder komisch die Lippen.

„Wie lange denn?“
„Ja — ich weiß nicht. Vielleicht acht, neun Tage lang.“
„Aha! So! Und sagen Sie, haben Sie bei ihr oft den alten Poluektow gesehen?“

„Sie meinen den Ermordeten?“ fragte Nja, indem er dem Richter in die Augen sah.

„Ja, ja! Denselben!“
„Wie gesehen?“
„Niemals? Im —“
„Niemals.“

Der Untersuchungsrichter warf seine Fragen schnell hin, wie ungeordnet. Und wenn Nja, der auf die Fragen ohne Eile antwortete, einmal zögerte, klopfte der Beamte ungeduldig mit den Fingern auf den Tisch.

„Sie wußten, daß Olympiada Petrowna von Poluektow ausgehalten wurde?“ fragte er plötzlich und sah Nja durch die Brille an.

Lunow errötete unter diesem Blick. Er fühlte sich beleidigt.

„Nein!“ antwortete er dumpf.
„Ja — a, von ihm ausgehalten wurde!“ wiederholte der Untersuchungsrichter in gereiztem Tone. „Ich finde das nicht schön!“ fügte er hinzu, als er merkte, daß Nja nicht zu antworten gedenke.

„Gewiß, es ist nicht schön,“ stimmte Nja leise bei.
„Nicht wahr?“
Nja schweig.

„Und sind Sie mit ihr schon lange bekannt?“
„Ueber ein Jahr.“

„Sie haben also Olympiada Petrowna schon gekannt, bevor sie mit Poluektow bekannt wurde?“

„Du kluger Hund, du! dachte Nja und verlegte ruhig: „Wie kann ich das wissen? Ich wußte doch nicht, daß sie mit dem Verstorbenen zu tun hatte!“

Der Untersuchungsrichter formte aus seinen Lippen eine Lüge und versetzte sich in eine Schrift. Lunow erhob wieder seinen Blick zu jenem Wilde. Denn er hatte die Empfindung, daß ihm sein Interesse für jenes Bild behilflich sei, ruhig zu bleiben. Argendwo klang ein lustiges Kinderlachen.

„Dann sang eine frohe, freundliche Frauenstimme: „Gonia, mein Mütterchen, Seelchen, mein Liebchen —“

„Dieses Bild scheint Sie sehr zu interessieren?“ ertönte die Stimme des Untersuchungsrichters.

„Wohin geht Christus?“ fragte Nja leise.
Der Untersuchungsrichter blickte ihm mit gelangweilten, zuckelnden Augen ins Gesicht und sagte nach kurzem Schweigen:

„Sehen Sie. — er kommt auf die Erde und ... wie die Menschen seine Gebote erfüllen. Er geht über ein Schlachtfeld und sieht ringsherum getötete Soldaten. Ruinen, Brand, Diebstahl —“

„Und vom Himmel sieht er das nicht?“ fragte Nja.
„Im — man nennt das eine Allegorie —“

„... um es anschaulicher zu machen, — ... Leben und der Lehre Christi. Das heißt, — ... Sie noch über einiges fragen. Können Sie mit mir,“ fuhr der Richter rasch und nachlässig fort. „Wo Sie sich Donnerstag zwischen zwei und drei aufhalten haben?“

„Ich trank in einem Wirtshaus.“ antwortete Nja.
„W? In welchem? Wo war das?“

„Zur Stadt Plewna.“
„Woher wissen Sie mit solcher Genauigkeit, daß Sie um diese Zeit in diesem Wirtshaus waren?“

Das Gesicht des Untersuchungsrichters zeigte ein lebhaftes Mienspiel. Er lehnte sich mit der Brust an den Tisch und seine aufblitzenden Augen bohrten sich in die Lunows. Nja erwiderte nicht gleich. Er schwieg einige Sekunden, leuchtete dann und sagte ohne Eile:

„Bevor ich ins Wirtshaus ging, fragte ich einen Wirtmann um die Zeit.“
(Fortsetzung folgt.)

BARASCH 39 WOCHE

Von
Donnerstag den 23. August bis Donnerstag den 30. August
veranstalten wir in allen Abteilungen einen
Sonderverkauf in 39 Pfg.-Artikeln!

Soweit Vorrat!

Ein Teil der zum Verkauf kommenden Waren ist in unsern Schaufenstern und Schrankkästen ausgestellt.

Nicht zum Wiederverkauf!

39
Pfg.

1
Flasche
Johanniskornweine

39
Pfg.

8 Dtzd.
Taillen-
Garnier-
knöpfe

39
Pfg.

Garnitur:
1 Dose
Seifen-
schu-
creme,
1 Bürste
mit
1 Schu-
polierstab

39
Pfg.

Garnitur:
1 Herren-
Chemise
mit
1 Paar
Handschuhe

39
Pfg.

Damen-Gummigürtel mit Stoffpoints, weiß, schwarz, rot, marine

- 2 Paar Damenstrümpfe schwarz-gewebt
- 3 Paar Herren-Schweißsocken dunkel-grün
- Herren-Gummihosenträger gute Qualität
- Herren-Ballonmütze gute Stoffe
- 8 Karton Pudding-Pulver
- 10 Stück gute Zigarren
- Picknick-Boxe mit Decke und Lederriemen
- Brotbeutel vorbestimmt u. garniert
- 1 Meter Möbelkattun
- 2 Meter English-Tüll-Garnitur creme u. weiß
- 3 Stück Korsettschoner
- 3 Stück Inell-Handtücher gestärkt und gebündelt
- 1 Dtzd. Nyl. Damen-Riemen
- 2 Stück Gummii-Unterlagen
- Tändelschürze farbig u. weiß, mit Stützevolant
- 6 Dtzd. Feder-Bruchknöpfe garantiert reißfest

- 10 Meter Wäsche-Galons für Schürzen und Blusen
- Damen-Überschlagkragen Seide, mit bunter Stickerei
- 2 Knaben-Lavalliers zum Auswaschen
- 1 Meter Kleider-Barchent
- 1 Meter Linon
- 3 Tafeln Watte
- Sturz-Karaffe kristallklar, mit Glas
- 6 Stück Speiseteller Steingut, tief u. flach
- Satz (4 Stück) Schüsseln weiß, gerippt
- Aschbecher Porzellan, mit schmerzhaften Sprüngen
- 1 Paar Tischbestecke mit schwarzen Griffen u. durchgehend. Fein
- 1/2 Dtzd. Britannia-Kaffeelöffel Silbermutter, m. Stahlteil.
- 1 Karton Blumenseife enthält 3 Stück
- Postkarten-Album
- 1 Flasche Bay-Rum

1 Emaille-Topf, gefüllt mit 1 Pfund Zucker-König

Tailen-Garnitur bestehend aus: Krage-Einlage, 1 Dtzd. Stäbe, 1/4 Dtzd. Taillenband, 1 Taillenverschluss und 1 Paar Schweißblätter.

- 3 Paar Porzellantassen großer Schrubber und Schenerbürste
- Brotkorb oval, bunt lackiert
- Garnitur für Sand, Soda, blau lackiert
- 3 Stück Toilette-Fettseifen z. Auswaschen
- 1 Flasche Franzbranntwein
- 2 Romane von Zola
- 2 Fenstervorsetzer
- 2 Photographierahmen Bistrotz, patiniert
- St. 32 cm hoch, grün, mit Goldverzierung
- Glasvase
- Satz (3 Stück) Maschinenteile Emaille
- Zeitungsmappe festgeflecht
- Bambusständer mit buntem Teller
- (Wandspiegel) mit Ruffb.-Rahmen, Größe 21x36 cm
- 6 Stück Bierbecher mit Goldrand

39
Pfg.

Eier-Service vernickeltes Tablett, 4 Porzellan-Eierbecher mit Goldrand

39
Pfg.

Garnitur:
Großer Schrubber mit Seife und 1 Stück Dräubenburger Kernseife

Coupon Spitze oder Einsatz, in vielen Kleiderfarben, oder Valenciennes, weiß, 6 Meter oder 8 Meter

- 1 Flasche Johanniskornweine
- Damen-Schleppgürtel gold, Silber und schwarz
- 5 Stück Toilette-Seifen zum Auswaschen
- Topflappentasche mit 3 vorgeschickten Taschentüchern
- 9 Wischtücher
- Spiritus-Eisbecher mit Emaille-Topf oder Kaffeeke
- Gurkenhobel Holz, mit 2 Reizen
- 2 Stück Herren- oder Knaben-Kragen
- Tüll- oder Gitterschleier mit Spitzenkanten
- Kaffeekanne für 1 Portion, Porzellan, gerade Form
- Quirlgarnitur, 7 teilig
- 4 Hände Fischers Roman-Kücheltisch
- Speierstock für Herren und Knaben, mit modernem Griff
- 4 Weingläser, glatt oder gerippt
- Kakes-Boxe mit vernickeltem Bügel und Deckel

- 2 Paar Ersatz-Füße für Damen- oder Kinderstühle
- Herren-Krawatte Diplomat, Regatta oder Plastron
- 1 Flasche Zahn- oder Mundwasser
- 1 Paar Damen-Strümpfe schwarz, gestrichelt
- Frottier-Handtuch
- Blankbürste reine Borsten
- Fußbank hell lackiert
- Briefkasten bunt oder hell lackiert
- Blumenkübel imitiert Majolika
- Glyzerinseife 2 große Stück à 1/2 Pfund
- Handtuchhalter eigenartig lackiert
- 1 Meter Blinddruck
- Markttasche schwarz Glasgarn, mit Lederriemen
- Küchenlampe mit Reflektierender, komplett
- Kannen-Unterzieher vernickelt, mit mail. Majolika-Einlage

Haarschmuck-Garnitur 1 gr. Borstenschleim und 2 Seitenkämme, schwebefähig.

Garnitur: Wickskasten, Auftrag- u. Glanzbürste

- 1 Flasche Brillantine u. 1 Flasche Haaröl
- Küchen-Paradehandtuch vorgez., mit eingewebter Kante
- 3 Stück Tülldecken weiß und creme
- 3 Ledertücher imitiert
- Küchenrücken eigenartig lackiert, mit 3 Fäden
- 2 Paar Herren- od. Knaben-Manschetten
- Reste u. Comp. f. Krawatten u. Hutfäden
- Satz- oder Weibkissen Steingut, blau Zwiebelmuster
- 1/2 Dutzend Uhrmesser mit Zwiebelmustergriff
- 1 Meter Inlett rot, rosa gestreift
- Füllfederhalter komplett, m. Füller
- Handtuschchen mit Kette und modernem Bügel
- 4 Seifenbecher farbig und mit Goldrand
- Softkanne mit vernickeltem Bügel und Deckel
- 2 Paar Damen-Handschuhe durchbrochen

- 1 Dtzd. gestickte Wäsche-Medaillons weiß
- 2 Batist-Taschentücher mit farbig. Kante
- Mädchenhemd Vorderabschluss
- Wachstuchschürze für Knaben od. Mädchen
- 2 Stück Herren- od. Knaben-Serviteurs
- Damen-Krawatte neueste Form, in apart. Mustern
- 3 Stück Abendbrotteller Porzellan, mit Goldrand
- Küchenrahmen eigenartig lackiert
- 1 Meter Hemdentuch
- Herren- oder Damen-Portemonnaie
- 3 Biergläser und 1 vernickeltes Tablett
- Pompadourbügel mit Kette
- Käseglocke mit vernickeltem Deckel
- Genrebilder patiniert oder beoangiert
- 1 Paar Damen-Handschuhe weiß, halblang

39
Pfg.

Garnitur bestehend aus: Kaffernapf, Kafferpinsel, Kafferseife

39
Pfg.

Garnitur 4 Trinkgläser und vernickeltes Tablett

39
Pfg. **Garnitur:** 1 große Schaberbürste, 1 Kiesel Braunenburger Kernseife und 1 Paket Waschlappen

39
Pfg.

3 Tafeln Haushalt-Schokolade

39
Pfg.

Garnitur: Tischläufer aus Krepp-Papier und 25 St. passende Servietten

39
Pfg.

1/2 Pfund Tilsiter Käse

39
Pfg.

andern die deutschen Arbeiter durch solches Vorgehen schwer geschädigt werden. In Leipzig sind nämlich durch den Bierkonkurrenz 200 Brauereiarbeiter arbeitslos geworden. Sie erhalten natürlich Unterstützung von ihrer Gewerkschaft.

Die Herren Bierseiner scheinen den Kampf mit den Konsumenten für aussichtsreicher zu halten als den mit den Brauereien. Wir fürchten aber, sie verrechnen sich gewaltig. Sie würden eher einen Erfolg sehen, wenn sie sich gemeinsam mit den Konsumenten gegen die Brauereier wenden würden. In Magdeburg haben die Bierseiner das auch noch nicht begreifen. Die Einigkeit der Konsumenten in dem Enthalten des Genusses verteuerten Bieres dürfte die Gastwirte aber bald zu einer andern Ansicht bekehren.

Kolossale Steigerung der Fleischpreise. Aus allen Teilen des Reiches laufen Meldungen ein, wonach die Viehpreise während der letzten Märkte um 5 bis 6 Mark gestiegen sind. Speziell in Süddeutschland macht sich, wie die „Deutsche Fleisch-Zeitung“ meldet, ein großer Viehmangel bemerkbar, so daß sich die Münchner Fleischhändler gezwungen sehen, aufs neue bei der Regierung vorstellig zu werden. Dementsprechend sollen die Fleischpreise den Viehpreisen entsprechend erhöht werden. Auch in Berlin und Leipzig sind die Preise um etwa 8 Mark pro Zentner gestiegen.

Zu einer öffentlichen Frauenversammlung referierte gestern abend Genosse Holzappel im „Thalia“-Saal über die proletarische Frauenbewegung und die Jugendberziehung. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der sich anschließenden Diskussion wurde behauptet, daß viele Genossinnen ihren Frauen bei der Betätigung an der Frauenbewegung hinderlich seien. Auch müsse es Aufgabe der Genossinnen sein, die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins und der Gewerkschaften in den Versammlungen aufmerksam zu machen, daß sich ihre Frauen dem Frauen- und Mädchen-Verein anschließen und zu ihrer Ausbildung die „Gleichheit“ abonnieren.

Die Nichtigstellung einer Notiz in Nr. 190 der „Volksstimme“ über den Ausstand der Sicherheitsarbeiter bei der Firma Fr. Krupp verlangt die Redaktion des „Mitteldeutschen Kuriers“ mittels gestern uns zugegangenen eingeschriebenen Briefes von uns. Die Berichtigung lautet:

Die vom hiesigen Gewerkschaftsrat („Mitteldeutscher Kurier“) über den Streit der Hilfsarbeiter von Krupp-Grusonwerk gebrachte Notiz: 1. Daß an Stelle der im Ausstand befindlichen Hilfsarbeiter andere modern organisierte Arbeiter die Maschinen abgeköpft, ist wahr. 2. Es ist ferner wahr, daß während der Dauer des Ausstandes der Hilfsarbeiter die organisierten Former Streikarbeit verrichtet haben. 3. Es ist schließlich wahr, daß Herr Brandes am 26. Juli und 5. August in den Betriebsversammlungen aufgefodert hat, die bisher geleistete Streikarbeit einzustellen. Dies ist der wahre Sachverhalt.

Hierzu wird uns geschrieben: Diese Berichtigung zeigt wieder einmal, daß dem „Mitteldeutschen Kurier“ jedes Mittel recht ist, um der modernen Arbeiterbewegung eins auszuwichen. Aber die Redaktion haut auch hier wieder daneben. Es ist hiermit festgestellt, daß die Ausständigen beschloßen haben, ältere Arbeiter dürfen sich der Ausstands-Bewegung nicht anschließen, weil bei der bekannten Rücksichtslosigkeit der Unternehmer diese zuerst entlassen werden. Diese Latt ist bisher von allen Gewerkschaften eingeschlagen worden, auch von dem Gewerkschaftsrat, dessen offizielles Organ jetzt bewiesen ist, daß das Streikrecht ist. Ferner sollen organisierte Former Streikbruch verurteilt haben. Hierzu ist zu bemerken, daß eine große Fabrik, die Zusammenfassung der Arbeiter des Grusonwerks fest gestellt hat, daß etwas dergleichen nicht behauptet werden kann. Es blieb also der bekannten Wahrheitsliebe des „Mitteldeutschen Kurier“ vorbehalten, solche Behauptungen aufzustellen. Hoffentlich ergeht es damit den Herren nicht so, wie mit der, daß der Metallarbeiterverband auch beim Ausstand der Badearbeiter der Firma Wundlos u. Co. Streikbrecher verurteilt habe. Bleibt noch übrig, daß Brandes am 26. Juli und 3. August aufgefodert habe, die bisher geleistete Streikarbeit einzustellen. Diese Behauptung ist falsch. Die Redaktion des „M. K.“ hat nur „aus Versehen“ vergessen, daß Brandes auf die Anregung eines Ausständigen hin erklärte, wenn dem so sei, dann habe das natürlich zu unterbleiben, sonst müßten die Verfertiger von Streikarbeit die Konsequenzen tragen. So verheuliche Redaktion, sehen die Dinge aus!

Zum Schutz der städtischen Wasserrohrleitung in der Stromelbe hat die Elbstrombauverwaltung eine Verordnung erlassen, der wir folgendes entnehmen: Während der Zeit der Verlegung der Wasserrohrleitung durch die Elbe beim Dorfe Preßler wird das Umgeben und Untern der Fahrzeuge und Fische sowie das Treiben mit schleppendem Anker innerhalb derjenigen Stromstrecke ober- und unterhalb der Leitung, welche durch am Lande aufgestellte rote Flaggen bezeichnet ist, verboten. Dampfschiffe haben in der bezeichneten Stromstrecke langsam zu fahren. Den Anordnungen der Stromaufsichtsbeamten und der diesen zur Unterstützung beigegebenen Wachtposten ist unbedingt Folge zu leisten.

Eine Enttäuschung wurde am Dienstag all den Hunderten von Personen bereit, die hinausgeriet waren nach der Nordfront, um der angeforderten Eröffnungsvorstellung des Jirtus Carré bei zuwohnen. Wie den Beuten, die die erste Vorstellung besuchen wollten, mitgeteilt wurde, konnte die Vorstellung nicht stattfinden, da infolge eines Flächenbrandes die Aukunft des Haupttraus sich verzögert hatte. Wertwändig wurde es von vielen Seiten gefunden, daß ein erstklassiger Jirtus zu seinem wenn auch nur auf wenige Tage berechneten Gastspiel nicht das massive, eigens zu diesem Zweck erbaute Jirtusgebäude an der Königstraße benutzte. Abgesehen von der geringen Sicherheit, die ein Jirtus für das Publikum bietet, ist auch der ganze Eindruck auf keinen Fall ein vorteilhafter. Wir hörten gestern abend viel Stimmen, die sich in diesem Sinne äußerten. Ueberall tauchte die Frage auf, weshalb Herr D. Carré gerade hier sich in dieser primitiven Art zu präsentieren gedenkt. Auch eine andre Frage drängte sich dem Unbeteiligten hierbei auf. Wie kommt es, daß die Stadt einem derartigen Unternehmen städtischen Grund und Boden zur Verfügung stellt, obwohl sie dem Besitzer des massiven Jirtus die schriftliche Zusicherung gegeben hat, dies vorkommendenfalls nicht zu tun? Im Interesse der Sicherheit des Publikums hätte es sicher gelegen, wenn die Stadt derartigen Unternehmungen nur dann die Erlaubnis zum Abhalten von Vorstellungen erteilt, wenn sie den massiven Jirtus in der Königstraße benutzte. Das hiesige Standfeld, das der Stadt in diesem Fall verlustig geht, würde ihr durch die vermehrte Willkür doppel- und dreifach wieder zugeführt werden. Der Jirtus Corty Althoff, der sein Erscheinen für nächste Zeit in Aussicht stellt, hat, wie wir erfahren, telephonisch wieder abgefragt. Herr Hahn will, fuhend auf die ihm gemachte Zusage, gegen die Stadt den Klageweg beschreiten.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit!

Schuhmacher-Begräbnis-Kassen-Gesellschaft zu Magdeburg-Neustadt. Die stimmberechtigten Mitglieder der genannten Kasse werden zu der auf Freitag den 7. September, abends 7 Uhr, im Neustädter Rathaussaal abendraunten außerordentlichen Generalversammlung eingeladen. Tagesordnung: Beratung und ev. Annahme der neuen Satzungen.

Unfälle. Dem Arbeiter Ernst Wohlfahrt aus Groß-Altzleben fiel am Dienstag abend in der Fabrik von Otto Gruson ein circa 2 1/2 Zentner schweres Stück Eisen auf den linken Fuß, wobei dieser arg verletzt wurde. — Der Modellstecher Reinhold Kerken aus Bennedenbeck, beschäftigt in der Modellfabrik von M. Schmitz in Budau, geriet am Dienstag nachmittag mit der linken Hand in die Nähnmaschine, wodurch ihm der Daumen glatt abgehobelt wurde. Beide Verletzte wurden mit dem Sanitätswagen der Feuerwehr dem Krankenhaus Sudeburg zugeführt.

Ueberrfahren. Am Mittwoch früh gegen 3 Uhr wollte die 23jährige Tochter des Handelsmanns Oeding aus der Neustadt mit dem Gepan ihres Vaters nach dem Wochenmarkt in die Altstadt fahren. In der Albederstraße schaute das Pferd und ging mit dem Wagen durch, wobei das Mädchen aus dem Wagen geschleudert und überfahren wurde. Außer inneren Verletzungen trug die Kernte auch noch einen Knochenbruch davon. Der Führer eines vordereifahrenden Gebädwagens des Neustädter Konsumvereins nahm sich des jungen Mädchens an und brachte die Verletzte nach der elterlichen Wohnung.

Relognozdiert. Die männliche Leiche, die am Montag mittag in der Nähe der Mauseburg gelandet wurde, ist als die des früheren Zigarrenfabrikanten Höhne aus der Neuen Neustadt ermittelt worden. Es wurde festgestellt, daß Selbstmord vorliegt.

Umgekippter Strohwagen. Am Dienstag nachmittag gegen 4 Uhr kuppelte auf der verlängerten Königsbrücke ein großer mit Stroh beladener Wagen, der Furagefirma Edert gehörig, um. Das Verkehreshindernis wurde durch Umladen beseitigt. Menschen wurden zum Glück nicht verletzt.

Ein Feuer, das leicht verhängnisvoll werden konnte, brach in der Nacht zum Mittwoch um 12 1/2 Uhr in einer Bodenkammer des Hotel Reubler, Wilhelmstraße 7, aus. Dort hatte ein Mädchen einen Eimer mit glühender Asche neben einen Holzverschlag gestellt, wodurch dieser in Brand geraten war. Zum Glück wurde die Gefahr noch rechtzeitig bemerkt, so daß die herbeigerufene Feuerwehr in der Lage war, den Brand im Keime zu ersticken. Hätte sich das Feuer noch wenige Minuten länger entwickeln können, wäre mehreren Hausmädchen, die dort schliefen, der Rückzug abgeschnitten gewesen.

Ein Bodenkammerbrand entstand am Dienstag abend kurz vor 7 Uhr im Vordergebäude des Grundstücks Albrechtstraße 9. Die Gefahr konnte noch von einigen Mannschaften der herbeigerufenen Feuerwehr mit einigen Eimern Wasser beseitigt werden.

Victoria-Theater. Nur noch wenige Tage und die Pforten unseres sommerlichen Lusttempels schließen sich wieder. Als letzter Benefiziant erscheint Herr Oberpielleiter Emil Steger. Der Künstler, dessen Umsicht und Fachkenntnis das Gelingen so vieler Vorstellungen

...wählte für seinen ...
...selbe Reutlingen* und ...
...Darstellung bringen.

Der Große Preis von Magdeburg. Auf der ...
...der Berliner Chaussee wird ...
...das größte Sportliche Ereignis der Saison ...
...die über 100 Kilometer geht ...
...gewonnen worden. In ...
...Peter Gantzer ...
...haben.

Die internationale Ringkampfkongress ...
...am Mittwoch abend, wo die letzten ...
...abends vorgenommenen ...
...dem australischen ...
...unterlag der letztere nach 18 Minuten Kampfdauer.

Letzte Nachrichten.

* Berlin, 22. August. Die Nachricht eines schließlichen ...
...wonach eine ...
...Wegfall der ...
...Dauer der ...
...bis Ende September im ...
...nicht. In Preußen bleibt alles beim alten.

* Berlin, 22. August. Nach amtlicher Meldung ...
...einem Zusammenstoß in ...
...v. Feyh und ein Mann, dessen Name ...
...Ein Soldat wurde schwer, ein zweiter leicht verwundet.

* Paris, 22. August. Ein Rundschreiben des Ministers des Innern, Clemenceau, an die ...
...und dringenden ...
...anhalten auf. Es soll verhindert werden, daß die ...
...oder unterdrückten ...
...weise neu gebildet werden und fortfahren, unerlaubterweise Unterricht zu erteilen.

* Hb. San Sebastian, 22. August. Der Ernst der Lage ...
...der Streikbewegung macht der Regierung große Sorgen. Die Zahl der streikenden ...
...hat Befehl gegeben, daß bedeutende ...
...Die Arbeiter fordern 9 stündige Arbeitszeit, 50 Prozent Lohnhöhung für außerordentliche Arbeit und des Sonntags sowie Anerkennung der Arbeiterorganisation.

* Havana, 21. August. Hier ist wieder mal eine „Revolution“ ausgebrochen. Man kämpft bereits.

Bereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt am Sonnabend den 25. August, abends 8 Uhr, Bezirk Lemsdorf bei Elfar, Bezirk Döbenstedt bei Niedebeck. Die Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Große Vorstandssitzung mit Gau am Freitag abend 8 Uhr. Die Verwaltung.

Gr.-Ottersleben-Bennedenbeck Arbeiter-Kabfahrerverein. Donnerstag den 23. August, abends 9 Uhr, Generalversammlung der beiden Abteilungen bei Fr. Strumpf. 121

Burg. Kabfahrer-Verein „Falk“. Jeden Donnerstag Saalfahren im „Grand Salon“ (Schumann). 106

Briefkasten.

M. R., Westerhausen. Durch Verkauf des Hauses erteilt die Feuerversicherung nicht. Sie müssen daher die Beiträge an den Feuereinnahmer zahlen und dann rechtzeitig kündigen. Es war unvorsichtig, das Grundstück bei einer andern Versicherung zu versichern. —
P. D....d. Ihr Eingehandt ist zur Aufnahme nicht geeignet.

Wettervorhersage.

Donnerstag, 23. August. Still; ziemlich trübe. Stiefach Regen; Temperatur nicht erheblich geändert.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Pilo giebt den Schuhen und Stiefeln ausserordentlich rasch grossartigen Glanz, macht das Leder geschmeidig, wasverdicht und doppelt haltbar.

H. LUBLIN

Von Sonnabend den 25. August bis Sonnabend den 1. September bleiben meine Verkaufsräume der Geschäfts-Uebergabe wegen geschlossen

H. Lublin.

H. Lublin

Bettfedern * Fertige Betten * Bettbezüge

Da wegen Geschäftsübergabe die Verkaufsräume vom 25. d. M. ab geschlossen bleiben, ersuche meine geehrte Kundschaft, ihre Einkäufe in übrigen Artikeln bis dahin zu decken.

Bettlaken

Donnerstag ♦ Freitag

Ein Posten halbweisse Rupffedern Wert 2.00 Sonderpreis Pfund 1.60

Ein Posten weisse Land-Rupffedern sehr füllkräftig Wert 3.25 Sonderpreis Pfund 2.60

Sorte 0	Wildfedern	25
	<small>Bollpfund</small>	
Sorte I	Hühnerfedern	40
	<small>Bollpfund</small>	
Sorte II	Füllfedern	80
	<small>Bollpfund</small>	
Sorte III	Entenfedern	1.10
	<small>Bollpfund</small>	
Sorte IV	Enten-Halbdauen	1.40
	<small>Bollpfund</small>	

Sorte V	Enten-Dauen	2.20
	<small>Bollpfund</small>	
Sorte VII	Weisse Rupffedern	1.95
	<small>Bollpfund</small>	
Sorte VIII	Weisse Rupffedern	2.20
	<small>Bollpfund</small>	
Sorte X	Weisse Rupffedern	2.50
	<small>Bollpfund</small>	

Sorte XII	Weisse Land-Rupf-Gansfedern	3.35
	<small>Bollpfund</small>	
Sorte XIII	Weisse Halbdauen prima	3.90
	<small>Bollpfund</small>	
Sorte XIV	Graue sibir. Dauen	3.35
	<small>Bollpfund</small>	
Sorte XV	Weisse Dauen	4.50
	<small>Bollpfund</small>	
Sorte XVI	Weisse Dauen extra prima	5.75
	<small>Bollpfund</small>	

Fertige Betten

bestehend aus 1 Deckbett, 1 Unterbett, 2 Kopfkissen

9.00 10.00 13.75 19.50 22.50 30.00 37.50

gefüllt mit 14 Pfund 14 Pfund 14 Pfund 14 Pfund 14 Pfund 14 Pfund Federn Dauen

Bett-Inlett
aus grau-rot gefärbtem Körper-Stoff

Oberbett	3.50	2.90	2.35
Unterbett	3.50	2.90	2.35
Kopfkissen	1.05	85	70

Bett-Inlett
aus rot-rosa gefärbtem Stoff

Oberbett	4.10	2.65	2.30
Unterbett	4.35	2.65	2.30
Kopfkissen	1.05	80	68

Bett-Inlett
aus prima echtfarbig und federdichtem Körper-Stoff, rot-rosa gefärbt

Oberbett	7.25	5.75	4.90
Unterbett	7.25	5.75	5.15
Kopfkissen	2.10	1.60	1.40

Weisse Bettgarnituren

Leinwand oder Halbleinwand	Leinwand
<small>1 Deckbett und 2 Kopfkissen</small>	<small>1 Deckbett und 2 Kopfkissen</small>
4.10 3.60 3.25	5.50 5.25

Weisse Bettgarnituren

Dimitti	Damast
<small>1 Deckbett und 2 Kopfkissen</small>	<small>1 Deckbett und 2 Kopfkissen</small>
5.75 4.50 3.40	7.00 6.00 4.50

Bunte Bettgarnituren

Bettzeug, kariert	Satin Augusta
<small>1 Deckbett und 2 Kopfkissen</small>	<small>1 Deckbett und 2 Kopfkissen</small>
5.50 5.00 3.95 3.00	5.25 4.75 4.00 3.00

Weisse Betttücher

Dimitti 85 Dimitti 1.50 Dimitti prima 2.25 Leinwand prima 1.10 Leinwand prima 2.40 Halbleinwand 130/200 150/200 160/210 1.30 2.00 2.45